

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug werden identische Vorauszahlungen Bestellungen entgegen. Unter Preisband bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Saar u. Westpreußen sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Danzigs 20 M., für das übrige Ausland 27 M., per Viertel bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 6 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin 62, Breite Straße 80a.

Die achtspaltige Nonpareilzeile ober dem Raum kostet 5.- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das jetzige Blatt kostet 2.- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das jetzige Blatt kostet 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Rücktritt der bayerischen Regierung

München, 12. September.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Das gesamte Staatsministerium hat in seiner heutigen Sitzung die Lage erörtert. Schließlich ist das Gesamtministerium zur Aufgabe getreten. Nach § 46 der Verfassung führen die Minister bis zur Bildung eines neuen Ministeriums die Geschäfte weiter.

Dem Sturz der Kahr und Roth ist der Rücktritt des Gesamtministeriums gefolgt. In der Tat hätte nach dem Verschwinden der beiden Männer, die dieser Regierung den Charakter aufgedrückt und ihr das reaktionäre, reichsfeindliche Gepräge gegeben haben, die Fortexistenz des Kumpfmünsteriums keinen rechten Sinn gehabt und die notwendige Lösung der Krise eher erschwert. Jedenfalls ist jetzt die Möglichkeit gegeben, in München endlich einmal ruhiger und nüchterner als bisher die politische Situation zu betrachten und sich nicht von den preußischen reaktionären Abenteuerern, die dort ihre Zuflucht gefunden haben, zu verderblichen Machinationen gegen die Reichseinheit und die Republik verleiten zu lassen.

Wir haben hier wiederholt darauf hingewiesen, daß hinter den großen Worten, die Herr von Kahr, und noch mehr die Drahtzieher hinter ihm so sehr liebten, in Wirklichkeit nicht allzu viel stecke, und wir haben deshalb Festigkeit und klaren Verstand der Reichsregierung gefordert. Der Rücktritt Kahrs bedeutet unabweislich einen Erfolg der Reichsregierung, der nicht zuletzt der entschlossenen Haltung der Arbeiterschaft und ihrer Vertreter, den sozialistischen Parteien und Gewerkschaften, zu danken ist.

Der Erfolg ist größer als in der Krise, zu der der Widerstand Kahrs in der Einwohnerwehrtrage geführt hatte. Damals blieb Kahr und sein System. Die reaktionäre Koalition war unerschütterlich. Jetzt haben zuerst die Demokraten und dann das bayerische Zentrum schließlich gegen Kahr entschieden, ihn und seine deutschnationalen Freunde liquidiert. Damit ist die bisherige Koalition, die im wesentlichen von den deutschnationalen und ihrer Politik bestimmt und geleitet wurde, wohl zerfallen und die Bahn für eine Aenderung der Politik frei. Kein Wunder, daß die gesamte reaktionäre Presse den Sturz Kahrs schmerzlich betrauert.

Es darf freilich nicht übersehen werden, daß der Rücktritt der bayerischen Regierung nur die Möglichkeit, aber noch nicht die Gewähr für die dringend notwendige Systemänderung bedeutet. Noch immer herrscht in bayerischen Kreisen ein starkes Widerstreben gegen die Aufhebung des Ausnahmezustandes; Kompensationen, die durch gewaltsames Auftreten der Rechtsputzschützen hervorgerufen werden können, sind nicht ausgeschlossen. Aber wenn nicht alles trägt, wird der Rücktritt der Kahr-Regierung doch auf

diese Kreise ernüchternd wirken. Für die bayerische Arbeiterschaft aber bedeutet dieser Rücktritt eine Ermüdung, in ihrer Bereitschaft und in ihrer entschlossenen Haltung zu verharren. Die Tage des Ausnahmezustandes sind vorüber, die Bewegungsfreiheit der Arbeiterparteien wird bald wiederhergestellt sein. Das politische Gewicht der Arbeiterschaft wird jetzt auch in Bayern wieder in die Waagschale geworfen werden. Zur Abwehr von Gefahren gerüstet, aber auch bereit, die sich anbahnende Umkehr in Bayern zu fördern, kann die Arbeiterschaft der Klärung der Lage in Ruhe entgegensehen.

Deutschnationale Putschgelüste

Drahtmeldung unseres Korrespondenten München, 12. September.

Die Deutschnationalen haben ihren Widerstand noch nicht aufgegeben, und Oberst Inländer trägt sich mit seiner Gruppe noch immer mit dem Gedanken, im letzten Augenblick noch einen Gewaltstreik zu versuchen.

Solange diese alldeutschen Militaristen in Bayern ihre Putschpläne noch nicht aufgegeben haben, wird trotz des Sturzes der Regierung Kahr die Republik noch nicht gesichert sein. Die sozialistische Arbeiterschaft in Bayern und die Gewerkschaften halten deshalb weiter höchste Bereitschaft, um im Fall eines Rechtsputsches eingreifen zu können gegen die Reichsverräter und für die Einheit der Republik. Alle Vorbereitungen für diesen Fall sind getroffen. Die Lage ist noch immer äußerst ernst.

Zusammentritt des Landtags

Drahtmeldung unseres Korrespondenten München, 12. September.

Die heutigen Mittagsblätter suchten noch den Eindruck zu erwecken, als sei der Rücktritt Kahrs und Roths noch nicht endgültig. Insbesondere bemühte sich die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz, die Parole auszugeben: Zurück zu Kahr! Dieser Versuch des rechten Flügels der Bayerischen Volkspartei war nach der gestrigen schmachvollen Niederlage der Regierung von vornherein aussichtslos. Heute nachmittag erklärte dann auch das gekürzte Kabinett nach einer kurzen Ministerratssitzung endgültig seine Demission.

Im Laufe dieser Woche wird der Landtag zusammentreten, um den neuen Ministerpräsidenten zu wählen. Bis dahin wird es sich auch entscheiden haben, ob die Rechtssozialisten in die Regierung eintreten oder ob die Bayerische Volkspartei mit den Demokraten und Bauernbündlern eine rein bürgerliche Regierung bilden wird. Diese drei Parteien verfügen über 90 Sitze von 158 im Landtag.

Über die Person des künftigen Ministerpräsidenten ist noch nichts bekannt.

Wohin der Kurs geht!

Während die Schlichtungsordnung die Öffentlichkeit noch beschäftigt, werden neue Maßnahmen zur Einschränkung des Streikrechts vorbereitet. Darüber wird uns folgendes geschrieben:

Durch das in Vorbereitung befindliche Gesetz über die Schlichtungsordnung sollen — wie Dr. Erd sich in Nr. 350 der „Vossischen Zeitung“ ausdrückt — vermeidbare Streiks und Aussperrungen vermieden werden. Zu diesem Zweck will jener Gesetzentwurf das Schlichtungsverfahren zur Voraussetzung eines jeden Streiks machen. Streiks ohne vorausgegangenes amtliches Schlichtungsverfahren verpflichten die Arbeiter und die beteiligten Arbeitgebergewerkschaften zum Schadenersatz gegen die Unternehmer. Nach Ansicht der Unternehmer sind jedoch alle Streiks überflüssig und vermeidbar.

Das Reichsarbeitsministerium hat mittlerweile einen Gesetzentwurf über Arbeitskämpfe und Berufserklärungen an die großen Unternehmer- und Arbeiterverbände geschickt, durch welchen Streiks in sogenannten gemeinnützigen Betrieben gänzlich verboten werden und die zuständige Verwaltungsbehörde unter Heranziehung der bewaffneten Macht den Arbeitszwang und die „sofortige Verhaftung der unbotmäßigen Personen“ durchzuführen kann. Ueberrimmt ein Werk während einer Arbeitseinstellung, die in einem andern Betrieb ausgebrochen ist, Streikarbeiter, so sollen die Arbeiter zur Streikarbeit verpflichtet sein, wenn diese Streikarbeiten „nicht auf Grund besonderer Umstände mit ihren eigenen berechtigten Interessen unverträglich sein würden“. Ob das letztere der Fall wäre, würde wieder erst auf Grund der Schlichtungsordnung zu entscheiden, die Arbeiter also bis dahin auf alle Fälle zur Streikarbeit verpflichtet sein.

Der Boykott wird verboten, soweit der „damit verfolgte Zweck oder das dabei angewandte Droh- oder Zwangsmittel den Rechtsvorschriften oder den guten Sitten widerspricht“.

Dieser Gesetzentwurf stammt von Professor Vertmann-Göttingen, der dem Reichsarbeitsministerium auch einen Entwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine vorgelegt hat. In diesem werden Gewerkschaften und wirtschaftsfriedliche (gelbe) Vereine als gleichgeartet behandelt. Diejenigen Berufsvereine, die sich solchen „parteilichpolitischen Betätigungen hingeben, die nicht mit ihren Berufsinteressen im Zusammenhang stehen“, sollen vom Abschluß von Tarifverträgen ferngehalten werden. Das Selbstbestimmungsrecht der Gewerkschaften wird durch folgende Vorschriften beseitigt:

Das Stimmrecht der Gewerkschaftsmitglieder und ihre passive Wahlbarkeit zu Vereinsämtern wird von einer Altersgrenze abhängig gemacht; die Versammlungsbeschlüsse der Gewerkschaften können gerichtlich angefochten werden; über Ausschlüsse aus den Gewerkschaften entscheidet das ordentliche Gericht; ausgeschlossen Mitgliedern sind die von ihnen geleisteten Beiträge zurückzufordern, andernfalls behalten sie trotz des Ausschlusses das Recht, die Unterstützungseinrichtungen in Anspruch zu nehmen.

Der eigentliche Zweck dieses Gesetzentwurfs ergibt sich aus nachstehendem:

Die Gewerkschaften werden verpflichtet, bis zur Hälfte ihres Vermögens als Unterstützungsfonds festzulegen (damit sie es nicht als Streikgelder verwenden können). Die Gewerkschaften haften nicht nur für ihre geschäftlichen Schulden, sondern auch den Unternehmern für etwaige Streiks, bei denen die Vorschriften der Schlichtungsordnung nicht eingehalten worden sind. Die Gewerkschaften haften ferner für Schädigungen und Vertragsverletzungen ihrer einzelnen Mitglieder anlässlich von Aussperrungen, Arbeitsbeeinträchtigungen und Tarifstreik.

Es ist bedeutsam, daß das Reichsarbeitsministerium diesen Entwurf nicht ohne weiteres in den Papierkorb werfen hat, sondern ihn für wert hält, als Unterlage für die künftige Ausgestaltung des Arbeitsrechts zu dienen. Das ist um so auffälliger, als über den reaktionären Charakter dieses Entwurfs keinerlei Zweifel sein kann. Denn Professor Vertmann weist in der seinem Entwurf beigegebenen Begründung selbst darauf hin, daß das englische Berufsgesetz vom Jahre 1906 folgende Bestimmung enthält:

„Gegen einen Berufsverein von Arbeitern oder Arbeitgebern oder gegen irgendwelche seiner Mitglieder oder Beamten ist eine Klage selbst und alle übrigen Vereinsmitglieder betreffende Klage wegen einer Schädigung, angehängt von dem Berufsverein oder für ihn bezogenen Handlung bei keinem Gericht zulässig.“

Im Gegensatz dazu legt Professor Vertmann das Schwergewicht gerade auf die Haftpflicht der Gewerkschaften und verlangt außerdem, daß diese gesetzlich verpflichtet werden sollen, von ihren Mitgliedern einen um das Dreifache erhöhten Beitrag zu erheben, wenn es erforderlich ist, etwaige Schadenersatzansprüche der Unternehmer befriedigen zu können.

Die Arbeiterpresse hat sich mit diesen Plänen noch nicht beschäftigt können, die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ aber hat bereits unterm 6. Juli dazu Stellung genommen. Sie verlangt ein Verbot aller Streiks, soweit deren Zweck und

Zur Erzberger-Dehe

Von deutschnationaler Seite wird ständig behauptet, Erzberger habe sich im Herbst 1918 zur Führung der Waffenstillstandsverhandlungen gedrängt. Seine unangemessene Führung dieser Verhandlungen, ganz besonders die Preisgabe der Handelsflotte, seien die eigentliche Ursache für den totalen Zusammenbruch Deutschlands. Nun veröffentlicht die „Voss. Ztg.“ in ihrer gestrigen Abendausgabe eine Mitteilung von einer dem ermordeten Erzberger befreundeten Seite, in der zum ersten Male Erzberger selbst auf die Frage antwortet, warum er statt eines führenden Militärs seinerzeit mit der Leitung der Waffenstillstandskommission und der Führung der Verhandlungen im Walde von Compiègne betraut wurde. In der Veröffentlichung heißt es:

„Warum haben keine Sachkundigen und Besserbehabigten“, wie es Admiral Scheer in der „Vossischen Zeitung“ ausgesprochen hat, die Waffenstillstandsverhandlungen mit dem französischen Befehlshaber geführt? Ich habe diese Frage an Erzberger selbst gestellt in Berlin, kurze Zeit vor seiner Ermordung, und zwar mit der Begründung: Sie hätten sich das Schicksal Jules Favres vor Augen halten müssen, dem die Franzosen nie verziehen haben, den Waffenstillstand von Compiègne 1871 mit Bismarck abgeschlossen zu haben!“

„Es ist wahr, ich habe auch daran gedacht“, antwortete mir Erzberger, „ich hatte keine Lust, die Folgen schwerer Schritte zu tragen. Er wurde mir aber aufgezwungen durch meine Kollegen und mich selbst. Er wurde mir aber aufgezwungen durch meine Kollegen und mich selbst. Er wurde mir aber aufgezwungen durch meine Kollegen und mich selbst.“

„Er wurde mir aber aufgezwungen durch meine Kollegen und mich selbst.“

Sprache in Wort und Schrift, konnte sie aber nicht flüssig sprechen) und mich nicht geeignet fühlte, diese große Verantwortung zu übernehmen. Daraufhin kam General Groner zu mir und sagte: Es ist kein Augenblick zu verlieren, sonst haben wir den Feind im Land. In drei Tagen werden die Franzosen in Köln sein und diese Stadt vernichten, es gibt keinen Ausweg, es muß abgeschlossen werden, bitte, übernehmen Sie die Aufgabe aus Vaterlandsliebe. Nachdem kamen Gröber und Trimborn zu mir und drängten mich, anzunehmen. Sie sagten: Du bist jung, wir sind alt und können und den Strapazen, durch die feindlichen Linien zu reisen, nicht ausweichen, du mußt es tun. Schwere Herzen und voll bewußt des Ernstes der Lage gab ich nach.

Erzberger fügte noch vertraulich hinzu: — „Ich hatte auch die Hoffnung, als ich annahm, daß Foch auf Grund meiner Friedensresolution im Reichstag vom Juli 1917 etwas entgegenkommen zeigen würde. Dafür war er aber nicht empfänglich. Er sagte nur, daß das Ministerium des Prinzen Max von Baden nichts anderes sei als eine verkappte kaiserliche Regierung. Ich mußte ihn vorerst vom Gegenteil überzeugen. Foch wollte überhaupt nicht gleich abschließen, und ich hatte den Eindruck, daß er die Sache in die Länge ziehen wollte ohne Einstellung des Vormarsches seiner Armee. Ich bin vollständig überzeugt, hätte man andere Männer, nämlich solche, die eine aktive Rolle während des Krieges und in der Diplomatie oder bei der Heeresleitung gespielt hatten, nach Compiègne geschickt, so wären die Verhandlungen ergebnislos geblieben und ein Waffenstillstand wäre nur zustande gekommen nach dem Einmarsch der feindlichen Truppen in Deutschland! Was dies bedeutet hätte, brauche ich nicht weiter auseinanderzulegen.“

Wir haben schon wiederholt auf den Skandal hingewiesen, der darin liegt, daß die Personen, die im Herbst 1918 an verantwortlicher Stelle standen und an den entscheidenden Beratungen beteiligt waren, hartnäckig schweigen. Angesichts der obenstehenden Veröffentlichung wird sich vor allem der Reichsverkehrsminister Groner zu äußern haben, nicht nur, um dem toten Erzberger von dem Schmutz deutschnationaler Verleumdungen zu reinigen, sondern auch um der geschichtlichen Wahrheit die Ehre zu geben.

die besondere Art der Durchführung der Maßnahmen mit der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung in Widerspruch stehen. Also ein Verbot aller politischen Streiks, die ja eben nach Ansicht der Unternehmer immer mit der öffentlichen Sicherheit in Widerspruch stehen. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ fordert darüber hinaus auch ein Verbot aller Arbeitskämpfe, außer denjenigen, die ausschließlich den Zweck verfolgen, einen den Veranlassern oder ihren Berufsgenossen günstigen Einfluß auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses auszuüben und die den bestehenden Verträgen nicht zuwiderlaufen. Wäre es nicht einfacher und klarer zu sagen: „Arbeitseinstellungen sind nur insoweit zulässig, wenn Unternehmer und Arbeiter zusammen wirken, um zu Lasten der Verbraucher eine Preis-erhöhung für diejenigen Waren durchzuführen, die in den streikenden Betrieben erzeugt werden?“

Zudem müssen angesichts der Haltung des Reichsarbeitsministeriums und der noch dreizehn Vorschläge der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“, die Arbeiter sehr wachsam sein.

Der unbefrähnte Reichspräsident

Ist die Ausnahmeordnung vom 29. August 1921 verfassungswidrig?

Graf Westarp schreibt in der „Kreuz-Zeitung“ vom Sonntag morgen in seiner Wochenschau, die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August verleihe in mehrfacher Beziehung die Verfassung. Nach Artikel 14 liege den Landesbehörden die Ausführung der Reichsgesetze ob. Ein Gesetz, das ihnen die Presse- und Polizeipolizei zugunsten des Reichsministers des Innern entzöge, sei nicht vorhanden. Es könne auch nicht durch die zitierte Ordnung ersetzt werden, weil Artikel 14 nicht unter den Bestimmungen aufgeführt sei, die gemäß Artikel 48 der Präsident außer Kraft setzen könne. Ferner regule Artikel 48 Absatz 1 das Verhältnis zu den Ländern erschöpfend; der Präsident könne zwar mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten, aber ihnen nicht die Exekutive entziehen.

Zu diesen Darlegungen, die wohl weniger vom Verwaltungsrecht als vom Politiker Westarp stammen, erhalten die P. R. folgende Zuschrift:

Westarps Darlegungen gehen vollständig fehl. Art. 1 des Artikels 48 trifft nur den Spezialfall, daß ein Land seine Pflicht nicht erfüllt. Absatz 2 geht weit darüber hinaus. Es ist klar, daß beispielsweise bei einer Revolution der Reichspräsident den Ausnahmezustand nach Art. 2 auch über Länder verhängen kann und muß, denen keineswegs eine Pflichtverletzung zur Last liegt.

Nach dem grundsätzlichen Werke Ministerialdirektors Dr. Reichners: „Das neue Staatsrecht des Reichs und seiner Länder“ (S. 148) bedeutet die Aufzählung bestimmter Maßnahmen, nämlich Aufhebung der Grundrechte der Artikel 114 ff., nicht etwa, daß andere Maßnahmen nicht zulässig seien, sondern nur, daß von den Grundrechten ausschließlich diese aufhebbar sind. Im übrigen ist der Präsident bei seinen Maßnahmen unbeschränkt. Es handele sich aber bei Grundrechten um die Bestimmungen des zweiten Hauptteils, nicht um den ersten, im Hauptteil enthaltenen Artikel 14.

Reichner sagt ferner: „In gleicher Weise, wie der Reichspräsident nach Art. 48 Abs. 2 die Ausübung der Richtergewalt in besonderen Organen übertragen kann, ist er auch berechtigt, die Ausübung des Verwaltungsrechts an Stelle der ordentlichen Verwaltungsbehörden zeitweise besonderen Organen, entweder Zivilregierungs-Kommissaren oder militärischen Befehlshabern zu übertragen.“

Es erhellt ohne weiteres, daß er also auch die Erlassung von Zeitungsverboten dem Reichsminister des Innern übertragen kann, mindestens so gut, als er für beliebige Teile des Reichs nur diese, sondern alle anderen polizeilichen Befugnisse einem Spezialkommissar oder einem Offizier übertragen könnte.

Diese Äußerung scheint offiziellen Charakter zu tragen und verdient daher Beachtung. Es handelt sich nicht um einen akademischen Streit mit Westarp über die Frage, ob die Ausnahmeordnung gegen den Terror der Rechten verfassungswidrig ist oder nicht. Sie ist es zweifellos nicht, und sie war im gegenwärtigen Augenblick notwendig, als bei dem geltenden Rechtszustand einziges Mittel, die Verfassung gegen den monarchistischen Umsturz zu schützen. Aus der Auslassung geht aber hervor, wie weitherzig die Ausnahmestimmungen der Verfassung von offiziellen Staatsrechtlern ausgelegt werden. Eine solche Auslegung, die einem einzelnen, der seine unbeschränkten Vollmachten in höchst beschränkter Form anwenden kann, so weitgehende Befugnisse gibt, schafft einen Rechtszustand, der einen Absolutismus des Präsidenten allzuleicht möglich macht. Unsere Partei hat sich darum von jeher, schon bei den Verfassungsberatungen in Weimar, gegen diesen Unfug gewandt, und diese Publikation der offiziellen Auslassung zeigt von neuem, wie berechtigt diese Haltung war und wie dringend notwendig es ist, ein Gesetz zu schaffen, das die republikanische Verfassung schützt, Ausnahmezustände auf Grund der Allmacht eines Reichspräsidenten aber überflüssig macht.

Aufhebung des Haftbefehls gegen Oltwig v. Hirschfeld

Eine Berliner Korrespondenz teilt mit: Auf die Beschwerde des Rechtsanwalts Bach gegen den vom Amtsgericht Oberitz ergangenen Haftbefehl gegen den ersten Erzberger Attentäter Oltwig v. Hirschfeld hat die Ferienstrafkammer des Landgerichts Offenbach durch Beschluß vom 9. September den Haftbefehl aufgehoben, und zwar aus folgenden Gründen: Der Beschuldigte bestreite das ihm zur Last gelegte Verbrechen mit der Behauptung, daß er am 26. August, dem Tage der Ermordung Erzbergers auf der Gemarkung Griesbach, in Calmbach, wo er längere Zeit Gast der Familie Repler gewesen sei, im Hause seines Gastgebers sich aufgehalten habe. Nach zahlreichen Zeugenvernehmungen sei dies richtig, auch Gegenüberstellungen des Beschuldigten mit Zeugen in Appenau, Griesbach und Appenau sowie mit dem Begleiter des Ermordeten haben ergeben, daß der Beschuldigte nicht personengleich mit einem der Tatverdächtigen ist. Die Staatsanwaltschaft habe Verwertung der Beschwerde beantragt und stütze diesen Antrag nicht mehr auf Verdacht der Mithäufigkeit, sondern auf Verdacht der Weisheit bzw. auf Verdacht eines Vergehens nach § 138 StGB. Für beide Beschuldigungen mangelte es an dringenden Verdachtsgründen. Die Tatsache des früheren Attentats des Beschuldigten, die Nähe Calmbachs vom Tatort und den Orten, an denen der Ermordete vom 1. Juli an sich aufhielt, und schließlich der Besuch zweier Herren, deren Keuzer der Täterbeschriftung abnehme, am 24. August d. J. in Calmbach, können nicht den Tatverdacht stützen. Für längere Abwesenheit des Beschuldigten von Calmbach während seines dortigen Aufenthalts geben die Ermittlungen keinen genügenden Anhalt.

Prompte Bedienung

Die glücklichen Leser der „Roten Fahne“ werden von ihrem Blatte auf das prompteste bedient. Kaum war die Nachricht vom Rücktritt der Kahr und Roth in die Welt gelangt, da erschien schon — im gestrigen Abendblatt der „Roten Fahne“ — ein Leitartikel, der mit Bestimmtheit versicherte, daß dieser Rücktritt eine gemeine Täuschung sei. Von einem Rücktritt könne keine Rede sein, dagegen sei zwischen der S. P. D. und U. S. P. eine Verständigung mit Kahr und der Burgfrieden mit seinem System geschlossen worden. Das ginge nicht! Die Massen mühten auf die Straße, und zwar sofort, um für diese Parole (Nr. X. U. 3475 — 421 + 3) zu kämpfen:

Die Arbeiterschaft muß diese Koalition (die noch gar nicht existiert! D. Red. d. „F.“) sprengen. Sie darf sich nicht der Täuschung hingeben, als bedeute der Rücktritt Kahr einen neuen Kurs für Bayern. Ohne das aktive Eingreifen der arbeitenden Massen werden in Bayern nie andere Zustände kommen. Die Arbeiterschaft, die in Bayern mobilisiert ist, muß marschieren. Das gesamte Kabinett Kahr muß zurücktreten. Der Ausnahmezustand, die Volksgerichte und die Polizeidiktatur müssen sofort beseitigt werden. Die politischen Gefangenen, die in Bayern nicht einmal unter der Reichsmannschaft vom 4. August 1920 gehalten sind, sind freizulassen. Verwaltung und Justiz müssen gründlich ausgetüchtelt und von allen reaktionären Elementen gereinigt werden. Erst wenn diese Ziele erreicht sind, kann von einem Rücktritt Kahr gesprochen werden.

Es das nicht lustig? Nein, es ist bitter ernst, denn es zeigt, daß die Kommunisten durch einen politischen Erfolg, an dem auch die Arbeiterschaft beteiligt ist, nur in Verlegenheit gebracht werden. Vom Wachsen der Reaktion versprechen sie sich Vorteile für ihre Partei. Darum trauern sie in der Stille ihres Segens um den Zusammenbruch der bayerischen Reaktion nicht minder als die Leute vom „Lokal-Anzeiger“. Der hitzige Eifer ihres schamlos blühenden Leitartiklers hat das einmal vertaten.

Ein Koste-Streich

W. T. B. meldet aus Hannover: Die „Niedersächsische Arbeiterzeitung“ ist wegen eines Artikels, in dem schwere Beschuldigungen gegen die Gewerkschaften ausgesprochen werden, vom 11. bis 19. September verboten worden.

Dieses Presseverbot erscheint uns reichlich dum und läßt auf Koste's geniale Hand schließen, der in Hannover regiert. Den Gewerkschaften selbst sollte es höchst unangenehm und unerwünscht sein, gegen Beschimpfungen auf solche Art geschützt zu werden.

Der weinende Kahr

SelbstBismarck in seinen Denkwürdigkeiten erzählt hat, daß er einmal bei einer schweren Entscheidung von einem Weintramp befallen wurde, scheinen die deutschen „Staatsmänner“ das Weinen als Beweis großer politischer Befähigung zu halten. Der „Lokal-Anzeiger“ erzählt folgende rührende Geschichte:

Wie Dr. Heß, der Führer der Bayerischen Volkspartei, war auch Herr von Kahr in der Sonnabend-Nacht mit seinen Kernen vollständig zusammengebrochen. Auch er hat gemeint und erklärt, lieber sterben zu wollen als von dem für Recht erkannten Weg der Ehre und Pflicht abzuweichen.

Der „Lokal-Anzeiger“ fügt dann trauernd hinzu: „So muß in den heutigen Wirren der deutschen Politik ein Ehrenmann scheitern, der kein Politiker ist und Herr von Kahr ist nie einer gewesen und hat auch keiner werden wollen.“

Wir sind ausnahmsweise in der Lage, diesem Urteil des „Lokal-Anzeigers“ ganz beistimmen zu können und meinen, daß auch das Weinen Herrn v. Kahr nicht Bismarckähnlicher gemacht hat.

Weitere Resultate der Thüringer Wahlen

Erfurt, 12. September.

Ergebnisse der Wahlen für den Thüringer Landtag. Gothaer Wahlkreis einschließlich Stadt: Kommunisten 14 435, U. S. P. 4425, S. P. D. 2607, Demokraten 2152, Zentrum 263, Deutsche Volkspartei 11 910, Deutschnationale 4610, Landbund 7528. Etwa 30 Ortschaften fehlen noch.

Schwarzburg-Rudolstadt: Kommunisten 4561, U. S. P. 21 056, S. P. D. 13 504, Demokraten 1136, Zentrum 124, Deutsche Volkspartei 5650, Deutschnationale 3684, Landbund 6292. 20 kleine Ortschaften fehlen noch.

Das einzig wirkfame Mittel

Die Senate der drei Freien Hansestädte haben den Generalstaatsanwalt Dr. Schön in den einstweiligen Ruhestand versetzt und diese Maßnahme mit tiefgehenden politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Hamburger Senat und Dr. Schön begründet. Dieser Gegensatz sei öffentlich hervorgerufen durch die Art, wie Dr. Schön in der Strafsache gegen den Redakteur Heß von der „Hamburger Warte“ die Anklage vertreten habe.

Die „Hamburger Warte“ ist ein altes deutsch-pöplisches Feuillett im Stil der Walle-Blätter. Sie gehört zu den seit dem Erlaß der Reichsverfassung verbotenen Blättern. Den „Hamburger Nachrichten“ zufolge hatte der Justizsenator Dr. Heß, ein Demokrat, gewünscht, daß der Redakteur zu einer empfindlichen Freiheitsstrafe verurteilt werde. Der Staatsanwalt beantragte in der Verhandlung aber nur eine Geldstrafe. Ohne zu dem vorliegenden Fall, den wir in seinen Einzelheiten nicht kennen, Stellung zu nehmen, müssen wir doch sagen, daß es endlich an der Zeit wäre, die Richter und Staatsanwälte zu befeitigen, die in ihrer Tätigkeit dem Volksempfinden ins Gesicht schlagen und ihre deutschnationale Parteilassung zur Richtschnur ihres Urteilspruches machen. Der Hamburger Fall zeigt, daß das nicht allzu schwer ist. Das ist das einzige, wirklich wirksame Mittel gegen die Zustände unserer Tage.

Um die Versammlungsfreiheit

Auf Einladung des Polizeipräsidenten Richter fand gestern Abend im Polizeipräsidium eine Besprechung statt, zu der Vertreter sämtlicher politischer Parteien erschienen waren. Polizeipräsident Richter wies einleitend auf den Zweck dieser Zusammenkunft hin, der darin bestehe, zu erörtern, in welcher Weise die verfassungsmäßige Versammlungsfreiheit für alle Parteien gewahrt bleiben und unliebsame Störungen während des Wahlkampfes vermieden werden könnten.

Sämtliche Vertreter der Parteien erklärten, daß sie für ihre Organisationen die Bürgerschaft für einen ordnungsmäßigen Verlauf der Wahlversammlungen übernehmen wollten. Genosse Koch erklärte für unsere Partei, daß selbstverständlich der größte Wert darauf gelegt werde, den Wahlkampf in den Versammlungen ebenso sachlich zu führen, wie das von unserer Seite stets geschehen sei. Er ließ aber keinen Zweifel darüber, daß die Erregung der Arbeiterschaft über die von den Rechtsparteien

teien veranstalteten Kundgebungen durchaus verständlich sei und sich in demselben Maße weiterhin auswirken werde, in dem die Rechtsparteien fortfahren, die Arbeiterklasse zu provozieren. Die Vertreter der kommunistischen Partei benutzten die Gelegenheit, um eine Reihe von Beschwerden gegen Übergriffe der Schutzpolizei vorzubringen. Recht interessant war die Erklärung des ebenfalls erschienenen Herrn Richard Kunze, der im politischen Leben den Beinamen „Knüppelkunge“ führt. Auch er glaubte für seine Partei die Bürgerschaft übernehmen zu können, daß in den von ihr veranstalteten Versammlungen alle Angehörigen anderer politischer Parteien ruhig angehört und sachlich behandelt würden (hoffentlich erstreckt sich diese Zusicherung nicht nur auf die Angehörigen anderer Parteien, sondern auch — nach den bisherigen Erfahrungen mit der Tätigkeit des Herrn Kunze muß man das besonders betonen — auf die Angehörigen anderer Rassen).

Der Polizeipräsident Richter sagte als Ergebnis der Besprechung zusammen, daß nach den Äußerungen der Parteivertreter es wohl möglich sein werde, mit polizeilichen Mitteln möglichst wenig in den Wahlkampf einzugreifen.

Wir müssen zu dem Verlauf dieser Besprechung bemerken, daß es für einen ruhigen Verlauf des Wahlkampfes von besonderer Bedeutung ist, wenn sich die Schutzpolizei auch möglichst jeden Eingreifens in den Wahlkampf durch Abstreifen von Plakaten enthält. Ist es doch erst gestern mittag passiert, daß übereifrige Beamte der Schutzpolizei sein wollten als der Papst, nämlich die „Freiheit“ gegen das Anfechten von Freizeittumern am Gebäude der Freiheit schützen wollten. Angestellte, die den Auftrag hatten, einige Exemplare der Abendausgabe am Baugang des Freiheitsgebäudes zu befestigen, sollten von diesen Beamten verhaftet werden — und diese wiederholten diesen Versuch dreimal, obwohl sie vom Geschäftsführer der „Freiheit“ auf das Unnütze dieses Vorhabens hingewiesen wurden. Ferner ist noch zu bemerken, daß eine Äußerung des Polizeipräsidenten Richter über das niedrige Lebensalter und die noch geringe Erfahrung der Beamten in ihrer Tätigkeit zwar richtig ist, daß man aber eine größere Erfahrung auch für das Verhalten bei politischen Ereignissen den Beamten nicht dadurch vermitteln kann, indem man sie militärisch drillt, wie das leider noch immer in einem erheblichen Umfange geschieht.

Die neuen Steuern

Vorläufiger Reichswirtschaftsrat

Montag, den 12. September

Auf der Tagesordnung stehen die Berichte des Reparationsausschusses über die Entwürfe der Novelle zum Körperschaftsteuergesetz des Reichswirtschaftsrates, des Gesetzes wegen Erhöhung einzelner Verbrauchssteuern und der Novelle zum Kostensteuergesetz. Der Präsident schlägt vor, zunächst in eine Generaldiskussion über alle Steuerprojekte der Reichsregierung einzutreten.

Diesem Vorschlag widerspricht Dr. Hilsenberg mit dem Hinweis darauf, daß ein hierher gehöriger Antrag der Arbeitnehmer über die Erfassung der Goldwerte

noch nicht gedruckt vorliege; ohne ihn sei aber eine Generaldiskussion zwecklos.

Das Haus stellt die Generaldiskussion zurück. Der Referent für den Kennzeichengesetz, Hauptreferent Bernhard, reskapituliert die Verhandlungen des Reparationsausschusses und des von ihm eingesetzten Unterausschusses.

Es folgte die

Generaldebatte über die Steuergesetzgebung

Dazu liegt ein Antrag Berthold vor, auf Grund dessen der Reichswirtschaftsrat folgende Erklärung abgeben soll:

Die Grenzen der Belastungsfähigkeit der Wirtschaft im einzelnen sind unter Berücksichtigung der gesamten öffentlichen Belastung zu ziehen. Ferner wird als Gesamtresultat der Beschäftigung mit den Steuervorlagen hervorgehoben, daß die Steuergesetzgebung unüberwindlich geworden und eine Vereinfachung des gesamten Steuerrechts dringend notwendig geworden ist. Die schleunige Arbeit, mit der gerade die gegenwärtigen Verhältnisse der Geldschwankung und die Dringlichkeit der Deckung des Reparationsbedarfs besonders rechnen müssen, ist durch die Unklarheit der Begriffsbestimmungen unmöglich gemacht. Es muß darauf geachtet werden, daß die betroffenen Besteuerungsgegenstände durch die Gesamtheit der steuerlichen Belastung in ihrem Bestande nicht derart angegriffen werden, daß dadurch die Neubildung von Vermögen und damit der Wiederaufstieg der Wirtschaft verhindert wird. Dieser Antrag ist vom Reparationsausschuß bereits angenommen worden.

Dr. Berthold (Vertreter der Verbraucherschaft) begründet den Antrag und stellt fest, daß die Erzberger'sche Steuerreform zu einem völligen Zusammenbruch geführt hat, da im allgemeinen doch nur die Festbeträge zur Steuer herangezogen werden, während die übrigen noch nicht einmal Korrekturen erhalten haben. Dem entsprechend muß mit bedeutenden Ausfällen gerechnet werden. Die Gemeinden sind jetzt gezwungen, an eine scharfe Anspannung der Realsteuer zu denken. Besserung kann nur geschaffen werden, indem man dazu übergeht, den Grundbeträgen nicht wie bisher durch vier Stellen, sondern durch eine Stelle nämlich die Katasterämter, ermitteln zu lassen. Dadurch wird eine bedeutende Entlastung der Finanzämter erzielt. Auf die Unübersichtlichkeit der Steuergesetzgebung empfiehlt der Antrag dem Reichswirtschaftsrat, die ganze Gesetzgebung im Zusammenhang noch einmal zu behandeln. — Der Antrag wird angenommen.

Ein Antrag Miklaff wünscht die Nachprüfung der Organisationen der Steuerbehörden und will den finanzpolitischen Ausschuß mit der Ausarbeitung von Vorschlägen dazu beauftragen. Insbesondere soll geprüft werden, in welcher Weise die Organisation der Länder, Gemeinden und anderer Selbstverwaltungsorgane für die Reichs- und Steuererhebung nutzbar zu machen sind. — Oberbürgermeister Miklaff (Vertreter der Verbraucherschaft) begründet den Antrag. Der Antrag Miklaff wird angenommen. — Ein Antrag Heide fordert, daß die Steuerbefreiung der öffentlichen Körperschaften, soweit sie gewerbliche Unternehmungen betreffen, gestrichen wird.

Heute (Arbeitsminister) begründet den Antrag darauf, daß mit Rücksicht auf die Reparationslasten ihre Betriebe der öffentlichen Verbände haben die Steuerlasten jeder andere Betrieb in ihre Rechnungen einzufaktulieren.

Oberbürgermeister Voigt (Arbeitsminister) begründet den Antrag (Betriebe): Es ist eine Täuschung, wenn man hierdurch eine Erhöhung der Steuereinnahmen für das Reich zu erreichen hofft. Eine Abwälzung auf die Konsumenten kommt nicht in Frage. Werden die Städte zur Körperschaftsteuer herangezogen, so können sie entweder ihre sozialen Aufgaben nicht mehr erfüllen, oder überlassen ihre Betriebe der Privatindustrie. Rechner beantragt die Ueberweisung an den finanzpolitischen Ausschuß mit dem Ersuchen, Sachverständige hinzuzuziehen.

Dr. Hilsenberg tritt ebenfalls um Verweisung des Antrages an den Reparationsausschuß. Die

Beschließung des Sozialversicherungsgesetzes durch die Regierung sei äußerst bedauerlich; möge sie endlich über ihre Stellung Auskunft geben. — Der Antrag Heide geht an den finanzpolitischen Ausschuß. — Inzwischen ist der Antrag Wiesel (Arbeitsminister) über die Bekämpfung der Goldwerte eingegangen. Er wird verlesen und soll morgen in der Generaldiskussion mitbesprochen werden. — Nächste Sitzung: Dienstag 10 Uhr. Generaldiskussion über die Gesamtheit der neuen Steuerprojekte.

Hinweg mit dem bayrischen Ausnahmezustand!

Sitzung des Ueberwachungsausschusses

Die gestrige Sitzung, über deren Beginn wir bereits in der Abendausgabe am Montag berichtet haben, nahm folgenden weiteren Verlauf:

Der Reichsanzler Dr. Wirth

fuhr zur Besprechung der allgemeinen Lage übergehend, fort: „Abg. Beyerle habe die Frage gestellt: Wird heute die Annahme der Forderungen der bayerischen Koalitionsparteien hier zu erwarten sein? Nun liegen offizielle Aeußerungen der bayerischen Regierung, die insbesondere auf eine Forderung der Wünsche bringen könnten, noch nicht vor. Er habe sich nun kurz mit dem bayerischen Gesandten, Herrn v. Preger, unterhalten können. Er nehme auch an, daß die bayerischen Koalitionsparteien entweder von sich aus oder durch die Regierung neue Verhandlungen hier eröffnen würden. Bisher sei ihm ein Führer dieser Verhandlungen noch nicht benannt worden. So sei also ganz unmaßgeblich, heute abschließend dem Verlangen der bayerischen Koalitionsparteien zu entsprechen. Demgegenüber einem Zuruf des Abg. Dr. Beyerle, daß er das Wort „heute“ nicht gebraucht habe, bemerkt der Reichsanzler, daß er sich sofort dieses Wort notiert und sich gleich gedacht habe, daß das wohl ein Irrtum sein müsse. (Abg. Beyerle: Sicherheit!) Durch den Austritt des Herrn Ministerpräsidenten v. Kahr eine neue politische Situation geschaffen worden. Zu dem Zweck, das die bayerischen Herren uns eben durch den Mund des bayerischen Abgeordneten Dr. Beyerle erstattet haben, und zu den Mittellungen, die wir von der bayerischen Regierung wohl noch offiziell bekommen werden, wird die Reichsregierung Stellung nehmen müssen. Ich lasse heute keinen Zweifel darüber, daß es uns nur erwünscht sein kann, daß wir rasch in eine solche Aussprache mit dazu beauftragten Herren eintreten können; wenn das noch heute geschehen kann, ist mir das erwünschter, als wenn es erst morgen geschieht. Ich bin auch durchaus der Auffassung, daß es im Hinblick auf die lebhafte geführten Verhandlungen nicht als unmöglich erscheint, zu einer annehmbaren Basis zu kommen.“

Ich betone aber noch einmal im Hinblick auf die hier geführten Verhandlungen: Ich warte diese Besprechung mit bayerischen Vertretern ab, um dem Ausschuss hernach so schnell wie nur möglich und abschließend

die Stellung der Reichsregierung

mitteilen zu können.

Der bayerische Gesandte Preger hält das vom Reichsanzler gegebene Bild für unvollständig.

Abg. Hergt (Dml.) kritisiert die Haltung der Reichsregierung und warnt sie, gegenüber dem bayerischen Volk nicht zu weit zu gehen. Die jetzige Regierungspolitik stelle das bayerische Volk vorübergehend vor schwerste Erschütterungen. Auch der neueste Kompromißvorschlag sei nicht befriedigend. Notwendig sei die Wiederherstellung des Ausnahmezustandes in Mitteldeutschland und Ostpreußen.

Abg. Spahn (Ztr.) vertritt die Auffassung, daß mit Rücksicht auf die bayerische Ministerkrise weitere Verhandlungen des Ausschusses zwecklos seien. Er beantragt Vertagung der Sitzung. Ihm schließt sich Abg. Brunnighaus (D. Vp.) an. Dagegen und ersuchendweise auch Abg. Braun (Sop.) an. Dagegen erhoben unsere Vertreter schärfsten Widerspruch gegen die Vertagung.

Genosse Dittmann verlangt, daß auch uns Gelegenheit gegeben wird, die Notwendigkeit der Aufhebung des Ausnahmezustandes nachzuweisen. Es sei eine sträfliche Fahrlässigkeit der Reichsregierung, daß sie den Ausnahmezustand bisher habe bestehen lassen.

Genosse Rosenfeld protestiert dagegen, daß die Vertreter der Parteien, die gesprochen haben, nunmehr den Vertreter der U. S. V. mundtot machen wollen. Dem provisorischen Auftreten des Abg. Hergt, der den Ausnahmezustand noch auf andere Landesteile ausdehnen wolle, müsse sofort entgegengetreten werden. Die bayerische Regierung, die jetzt sogar einen Abgeordneten der U. S. V., trotz seiner Immunität, habe verhaften lassen, muß

auf der Stelle in ihre Schranken zurückgewiesen werden. Es würde allen parlamentarischen Gepflogenheiten widersprechen, wenn die Sitzung jetzt vertagt werde.

Diesem Protesten unserer Genossen gaben die Vertreter der bayerischen Parteien schließlich statt, und Genosse Dittmann erhielt das Wort.

Er sagt, daß nach Auffassung des Abg. Dr. Beyerle die Verordnung vom 23. August die bayerische Polizeihohheit bedrohe. Das sei eine

Verletzung der Begriffe.

Bayern wolle seine Selbstständigkeit innerhalb des Deutschen Reichs aufrechterhalten, das führe auf die Zeit vor dem Norddeutschen Bund zurück. Alle anderen Freistaaten könnten das gleiche für sich verlangen. Auf derartige Sonderwünsche könne die Reichsregierung auf keinen Fall eingehen. Wir beobachten ganz genau die Ausnahmeverordnung. Aber dadurch, daß zum ersten Male rechtsstehende politische Parteien getroffen werden, sehen wir, daß auch diese, wie mangelhaft die Verfassung durch die bestehenden Gesetze geschützt ist. Wir wollten deshalb so rasch als möglich ein solches Gesetz haben gegen alle die Umtriebe, die von Bayern ausgingen, in Wirklichkeit aber preussischen Ursprungs

Die schlesische Gefahr

Die „Welt am Montag“ macht in einem Artikel auf die Gefahr aufmerksam, die von Schlessen her die Republik bedroht. Es handelt sich um den sogenannten „Selbstschutz“, der während des Polenausstandes im Mai ins Leben trat, und der trotz der Verbote der Reichsregierung und trotz der vielen gegenfeitigen Verhandlungen von amtlicher Stelle immer noch eine recht ansehnliche Macht in Schlessen darstellt. Die „Welt am Montag“ weist darauf hin, daß die scheinbare Ruhe in Schlessen die Gefahr ist, daß ein Sturm sei, und daß alle Anzeichen darauf hinweisen, daß Schlessen zu einem zweiten Baltikum zu werden droht.

Die Regierung hat mit der Ueberwachung des Selbstschutzes in Schlessen den früheren sozialdemokratischen Oberpräsidenten von Philipp aus Breslau und den früheren Polizeipräsidenten von Beitz, Herrn Eugen Ernst, betraut. Die „Welt am Montag“ macht daraus aufmerksam, daß die genannten Personen auf den Selbstschutz absolut keinen Einfluss haben. Die Offiziere führen meistens das Ruder, was ja nicht weiter verwunderlich ist; denn Ernst und Philipp haben sich ja schon als Regierungsbeamte von den monarchistischen Verschwörern so häufig auf der Nase herumtanzen lassen, daß sie nach dem Rapp-Butsch gezwungen waren, den Dienst zu quittieren. Wenn sie jetzt neuerlich mit der Ueberwachung des Selbstschutzes beauftragt worden sind, so hat man damit nur den Bod zum Gärtner gemacht.

Die führende Rolle im schlesischen Selbstschutz spielt der bekannte Leutnant Korbach, der auch seine „Arbeitsgemeinschaft“ von Pommeren in Mittelschlessen zusammengeschlossen hat. Der Freikorpsführer Kufod, unter dessen Kommando während des Rapp-Butches in Breslau acht Arbeiter ermordet worden sind, und den kein Staatsanwalt finden kann, hat sich mit seiner Schar von Korbachern angeschlossen und spielt unter dem Namen eines „Korbach-Regiments“ eine führende Rolle im Selbstschutz. Der schlesische Korbach ist aber das Baltikum des Ostpreußen.

jelen. Die Ausnahmeordnung bietet diesen Kreisen willkommenen Vorwand, Landeshoheit gegen Reichshoheit auszuspielen. Bayern will die Ausnahmeordnung nicht, weil sie Reichsausführung durch Einsetzung von Reichskommissaren zur Voraussetzung habe.

Die Deutschnationalen verlassen die Sitzung

Als Dittmann nunmehr klar und deutlich auspricht, daß in München eine deutschnationale Minderliche bestche, ruft Abg. Graf Westarp ihm zu: Inverschämter Verleumder. Auch der Abg. Hergt (Dml.) macht Zurufe, die aber unverständlich bleiben. Der Vorsitzende Meerfeld (S. V. D.) ruft den Grafen Westarp zur Ordnung, daraufhin verlassen die Deutschnationalen die Sitzung.

Der bayerische Vertreter von Preger polemisiert gegen Gen. Rosenfeld. In Bayern gäbe es zur Zeit keine Abgeordneten-Immunität, da der Landtag geschlossen sei.

Otto Braun (S. V. D.) versucht die Stimmhaltung seiner bayerischen Parteigenossen bei den Kompromißverhandlungen der bayerischen Koalitionsparteien damit zu entschuldigen, daß sie die Sachlage nicht klar durchschauen konnten und deshalb weder für noch gegen gestimmt hätten. Nach Brauns Meinung kann von irgendwelchem Kompromiß auf keinen Fall mehr die Rede sein. Der bayerische Vertreter wie der bayerische Volksparteiler sprechen dauernd von der notwendigen Rücksichtnahme auf das bayerische Prestige. Das Prestige der deutschen Reichsregierung existiere für die Herren nicht. Die bayerische Regierung lasse sich benutzen zum Sturmbaum reaktionärer preussischer Junker, die in Norddeutschland keinen Boden mehr finden.

Der Demokrat Eckerle setzt sich ein für selbständige Reichspolitik, verlangt im übrigen aber recht wenig Verständnis, wie denn die Reichsregierung ihre und des Reiches Selbstständigkeit gegenüber Bayern wahren soll.

Hergt (S. V. D.) wiederholt im wesentlichen die Forderungen, die schon in der ersten Ausschusssitzung von den Unabhängigen aufgestellt wurden, daß der Reichsanzler nur dann zum Ziele gelangen könne, wenn er sich in Bayern auf die Arbeiterklasse

stütze. Nur mit Ihrer Hilfe könne der Ausnahmezustand in Bayern beseitigt werden.

Gegen Herrn Dr. Beyerle, der nach Hergts Ausführungen mahnt, die Verhandlungen in verständlichem Sinne zu führen, erhebt Genosse Rosenfeld den Vorwurf, daß Bayern vom Gegenteil eines verständlichen Geistes beherrscht werde. Die für Aufhebung des Ausnahmezustandes sich Einsetzenden werden von der Reichsregierung dauernd provoziert. Ein Eingriff in die bayerische Polizeihohheit, die über den Rahmen der Verfassung hinausgeht, sei nicht geschehen. Bayern sei bis jetzt eben zu gut behandelt worden. Hätte das Reich rechtzeitig den Ausnahmezustand aufgehoben, wäre die heutige Spannung zwischen Bayern und dem Reich nicht vorhanden. Herr Dr. Beyerle sagte: nur noch 14 Tage Geduld! Dann werde der Ausnahmezustand aufgehoben!

Wir haben aber keine Zeit, noch 14 Tage zu warten.

Denn gerade die Verhaftung Fischers beweise wiederum, daß jede Gelegenheit, mißliebige Politiker zu entfernen, der bayerischen Regierung willkommen sei.

Der „Hochverrat“ Fischers bestand darin, daß er eine Volksabstimmung in Franken über dessen Ausscheiden aus Bayern vorschlug. — Der Ausnahmezustand werde mit der alten Rücksichtslosigkeit gehandhabt. Nur den Nationalisten werde das Einschlagen von Plakaten gestattet, den Linksparteien aber verboten.

Der Rotbann

sei ein neuer Beweis für den unverständlichen Geist Bayerns. Der „Miesbacher Anzeiger“ erscheint mit anderem Namen, verlangt aber die Fortsetzung dieses Blattes. Die Regierung schreite weder hiergegen ein, noch gegen die „München-Augsburger Abendzeitung“. Bayern will durchaus der Reichsregierung die Exekutivgewalt nehmen, will an die Stelle der Reichsminister den Reichsratausschuh setzen, der sich durch die Aufhebung der Verbote der Rechtspresse

das Vertrauen der Rechtsparteien erworben hat.

Wir aber lehnen jeden Kompromiß ab. Wir warnen die Regierung, auf den neuen Vorschlag Bayerns einzugehen. Man ist der bayerischen Regierung schon sehr weit entgegengekommen. Keinen Schritt weiter!

Wir fordern sofortige und bedingungslose Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes.

Zum Schluß teilt Frau Wüll (S. V. D.) auch zur Illustration des „verständlichen Geistes“ von München mit, daß der Druck des Aufrufs der Freien Gewerkschaften der Drucker von Witt in München

„aus bekannnten Gründen“ verboten

wurde. Frau Wüll erinnert sich zu gelegener Zeit an die Dehatten im Verfassungsausschuh der Nationalversammlung. Damals setzte sich die Linke ein für weitgehende Beschränkung der Exekutivgewalt des Reichspräsidenten. Die Rechte aber, im Verein mit dem Staatenausschuh, setzte eine recht weitgehende Exekutivgewalt des Reichspräsidenten durch. Sie wenden sich heute dagegen, weil sie zum ersten Male gegen sie sich auswirkt. — Die Verhandlungen werden nunmehr auf Donnerstag vertagt.

ist aus Bayern nach Schlessen gekommen, seine Angehörigen sind aber keine Bayern, sondern Soldaten aus dem früheren Freikorps Ehrhardt, das im Herbst vorigen Jahres seine Streiktruppe illegal in Südbayern zusammengeschlossen hatte, ohne daß ihm dabei irgendwelche Schwierigkeiten gemacht worden wären. In den eingeweihten Kreisen des Selbstschutzes wird ganz offen davon gesprochen, daß die Bekämpfung des polnischen Aufstandes nur ein Vorwand war zum Zusammenziehen von illegalen Truppenverbänden. Die Selbstschutzhüter hoffen jetzt nicht nur auf einen neuen polnischen Aufstand, sie wünschen ihn direkt, um noch mehr Truppen nach Schlessen zu locken. Zu einer Nacht geworden, rechnen sie dann damit, gegen Berlin zu ziehen, um die „Judenregierung“ zu vertreiben.“ Also dasselbe Spiel, wie während des Baltikum-Abenteuers im Herbst 1912.

Die preussische Regierung trägt die Hauptlast daran, daß der Selbstschutz in Mittelschlessen nicht schon längst auseinandergetrieben worden ist. Die schlessischen Regierungsstellen unterstützen offen und geheim die Treibereien der ehemaligen Freikorpsführer, ohne daß ihnen Herr Dominicus Schwierigkeiten macht. Der Breslauer Polizeipräsident Liebermann sühnt in amtlicher Eigenschaft einen geheimen Briefwechsel mit den Orgeschützern und übermittelt ihnen Nachrichten, die ihnen sehr nützlich werden könnten. Für den Selbstschutz sind bisher schon mehrere Millionen Mark für Löhnung, Unterhalt, Bekleidung und Bewaffnung ausgegeben worden. Woher diese Gelder kommen, will an amtlichen Stellen niemand wissen. Anscheinend wird der Selbstschutz aus dem großen, nie verstehenden Korruptionsfonds gepflegt. Selbstverständlich spendet auch die Schwerindustrie ihren Teil, denn das Zahlen für Zwecke des monarchistischen Staatsstreikes dünkt ihr immer noch besser, als das Steuern für den republikanischen Staat.

Wir meinen, das Staatskommissariat zur Ueberwachung der öffentlichen Ordnung hätte allen Grund, in Schlessen einmal nach dem Regiment zu sehen. Das wäre weit besser, als in den Kreisläusen

partien herumzuschleichen, von denen der Republik wahrhaftig keine Gefahren drohen! Die Reichsregierung aber sollte nicht vergessen, welche großen Schwierigkeiten der Republik durch das Baltikum-Abenteuer im Herbst 1912 erwachsen waren. Wenn sie ähnlichen Gefahren entgegen will, dann muß sie für schleunige Auflösung des schlesischen Selbstschutzes sorgen, für den immer noch Verbungen im ganzen Reiche vorgenommen werden.

Der Polizeipräsident von Breslau, Geh. Regierungsrat Leo Hermann, ist vom Minister des Innern zur Disposition gestellt worden.

Keine Streiks im Bergbau

BR. Hannover, 12. September.

Auf der Reichskonferenz der im Verbandsamtigen freien Arbeitersgewerkschaften, die in Hannover in Anwesenheit des Reichsministers der Wirtschaft Schmitt stattfand, wurde die vom Vorstand vorgelegte Entschliessung, welche die Zustimmung zu dem getroffenen Lohnabkommen enthielt, unverändert mit 154 gegen 71 Stimmen angenommen. Die Delegierten des Ruhrreviers stimmten fast geschlossen für ihre Annahme, während die Opposition sich im wesentlichen aus den Mitgliedern des Ruhrreviers zusammensetzte. Nach diesem Ergebnis darf die Möglichkeit eines allgemeinen deutschen Bergarbeiterstreiks als abgewendet gelten; auch drohten Streiks in den einzelnen Revieren kaum wahrscheinlich sein.

Wegen Beleidigung des Reichspräsidenten verurteilte die hiesige Strafkammer den landwirtschaftlichen Beamten Dr. Axel Oberg zu zwei Wochen Gefängnis. In der Verhandlung vertrat der frühere preussische Minister des Innern Rechtsanwalt Heine die Nebenklage des Reichspräsidenten.

Demokratischer Parteitag und englische Befehlungsbehörde. Die Verhandlungen des Hauptgeschäftsführers Janien von der Deutschen demokratischen Partei mit dem englischen Mitglied der U. A. Oberleutnant Vigot, hatten das Resultat, daß der Parteitag nicht in Köln, wie ursprünglich geplant, stattfindet, weil die U. A. die Abhaltung des Parteitages in Köln nicht für erwünscht, erachtet.

Verbandstag der Metallarbeiter

Drahmeldung unseres Korrespondenten

Jena, 12. September.

Es begannen die Verhandlungen der 15. ordentlichen Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes. 780 Delegierte sind zugegen, wozu noch die Vertreter des erweiterten Bezirks, des Vorstandes und die Bezirksleiter, sowie eine Reihe ausländischer Gäste kommen. Martin Wittich-Gera weist in einer kurzen Begrüßungsansprache auf die Paarung von Wissenschaft und Industrie in Jena hin. Hier wirkten Hegel, Goethe und Schiller, Marx erwarb hier den Dokortitel, und Ernst Abbe verband die Industrie mit der Wissenschaft in Jena. Auch für die

sozialistische Bewegung ist hier historischer Boden.

Denn hier tagten verschiedene Parteitagen. Wittich weist dann auf die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung hin. Robert Dillmann begrüßt im Namen des Vorstandes die Delegierten und die ausländischen Vertreter. Er erinnert daran, daß Bebel auf dem Parteitag in Jena den Marokkofonkist geistig und auf die schweren Schäden hinwies, die der Arbeiterklasse erwachsen, falls es den Imperialisten gelingt, den Feuerbrand zu entzünden. Wäre das Bild, das Bebel damals zeichnete, ist von der Wirklichkeit übertrommen worden. Im weiteren Verlaufe kennzeichnet Dillmann die Wirtschaftskrise, die infolge des Krieges hereingebrochen ist. Es ist keine nationale Erscheinung, sondern eine internationale. Dem Vorkerbund, der nur eine Vertretung kapitalistischer Interessen ist, müssen wir den Internationalen Arbeiterbund entgegenstellen. Ein Beweis, wie wenig der Vorkerbund die Kräfte zu lösen vermag, ist Oden Schöffen. Vom Selbstbestimmungsrecht ist keine Rede. Der Arbeiterklasse Deutschlands drohen neue Steuerlasten. Damit steigt die Not, welcher abzuhelfen der Reichstag und ein freches Schmarokertum entgegenstehe. Früher hielt es Preußen in Deutschland voran. Jetzt hat Bayern den Vorkerbund zwei Quellen machen uns gegenwärtig Sorge: die nationalpolitische und das Arbeitlosen-Genid.

Die Anwesenheit der ausländischen Gäste ist insofern ein erfreuliches Symptom, als man erkannt hat, daß man der nationalpolitischen Bewegung nur international bekommen kann. Dillmann begrüßt im einzelnen die Vertreter der Metallarbeiter Hollands, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Osterreichs, der Schweiz, der Tschechoslowakei, Frankreichs, Ungarns und Luxemburgs. Es kommt zu einer längeren Geschäftsordnungsdebatte bei der Mandatsprüfungskommission, da die Kommissionen beantragten, daß alle Kommissionen paritätisch, das heißt von jeder die gleichmäßige Vertreterschaft, R. P. D., U. S. V. und S. V. D. zusammengelehrt sein sollen. Ueberhaupt spielen die Fraktionskämpfe eine große Rolle. Gestern tagte bereits die Fraktion der S. V. D. und heute sind die drei Fraktionen zur Sitzung zusammenberufen.

Angenommen wurde der Antrag der S. V. D., wonach die Mandatsprüfungskommission sich aus 5 S. V. D., 3 U. S. V. und 1 R. P. D. zusammensetzt. Ein Nürnberger Kommunist stimmte für diesen Antrag. Von den Reden der ausländischen Gäste ist hervorzuheben, daß in allen Ländern große Arbeitslosigkeit herrsche, namentlich in den Ländern mit starker Balsa.

13. Sekretär des Internationalen Metallarbeiterbundes wies in seiner Begrüßungsansprache auf die Gefahren der Fraktionsbildung hin und erblidte darin eine

Gefährdung der Organisation,

wenn nicht eine Zerteilung. Es sprachen dann noch die Vertreter der Tschechoslowakei, Hollands und der Schweiz.

Merrheim-Frankei sprach, die Metallarbeiter Frankreichs hätten während des Krieges gegen die nationalpolitische Höhe erhoben, und sie protestieren auch heute gegen die Politik ihrer Regierung, gegen die Sanktionen und die Reparationen. In Frankreich hat Rosta es dahin gebracht, daß die Gewerkschaften von drei Millionen Mitglieder auf 600 000 zurückgegangen, und der Metallarbeiterverband von 300 000 auf 100 000. Dieses geschah durch Lügen, Verleumdung und Heuchelei.

Kruppa-Ungarn: In Ungarn herrscht eine völlige Reaktion, die wir in der Hauptsache denen zu verdanken haben, die als russische Gesandte kamen. Die proletarische Diktatur wurde dort durchgesetzt gegen den Willen der Sozialdemokraten. — Während der Rede Kruppas machte sich eine heftige gende Unruhe bei den Kommunisten geltend, was die anderen Delegierten veranlaßt, ihnen zuzurufen, sie müßten die Wahrheit doch hören können.

Sichbrunner-Schweiz erklärt, daß durch die Tätigkeit der Kommunisten

die Reaktion in der Schweiz gefährdet wird und daß die Regierungspartei ein Sozialistengesetz durchzuführen will, das noch schlimmer als das Bismarcksche ist.

Der holländische Vertreter sagte, die deutsche Arbeiterklasse muß dafür sorgen, daß die Böhne, die heute noch nicht halb so hoch steht wie die Bohne der holländischen Arbeiter, erhöht werden, sonst würden die holländischen Arbeiter die Bohne fressen und den Mistfundentag. Der dort durchgeführte Streik wurde wieder aufgehoben.

Es spricht dann Hansen-Kopenhagen und Vertreter der deutschen Organisationen. Die Verhandlung wurde vertagt.

Die Reaktion in der Schweiz gefährdet

wird und daß die Regierungspartei ein Sozialistengesetz durchzuführen will, das noch schlimmer als das Bismarcksche ist.

Der holländische Vertreter sagte, die deutsche Arbeiterklasse muß dafür sorgen, daß die Bohne, die heute noch nicht halb so hoch steht wie die Bohne der holländischen Arbeiter, erhöht werden, sonst würden die holländischen Arbeiter die Bohne fressen und den Mistfundentag. Der dort durchgeführte Streik wurde wieder aufgehoben.

Es spricht dann Hansen-Kopenhagen und Vertreter der deutschen Organisationen. Die Verhandlung wurde vertagt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
 Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
 Telefon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Mittwoch, den 14. September 1921, nachm. 4 1/2 Uhr,
 im Märkischen Hof, Admiralgasse 18c

Verammlung
 aller Arbeiter und Arbeiterinnen
 des Berliner Kunstgewerbes

Tagesordnung:
 1. Bericht von der Lohnverhandlung.
 2. Diskussion und Bericht des
 Die Mitgliedsbücher sind zwecks Kontrolle mitzubringen

Donnerstag, den 15. September 1921, abends 6 Uhr,
 in Schütz' Festsaal, Am Königsgraben

Vertrauensmännertagung
 der Branche der Walzwerk, Blei-,
 Drahtkabel- und Papierrohrarbeiter
 sowie Arbeiterinnen

Tagesordnung:
 1. Bericht.
 2. Brandermangelheiten und Feilschens.
 Die Ortsverwaltung.

Erhaarung
 Gesichts- u. alle kahllichen Körperhaare
 vernichtet schmerzlos und
 radikal - Depilator -
 Garantiert unschädlich
 H. 10. - verläßt N. 18. -
 Otto Reichel.
 Berlin 46, Lissabonstr. 4.

Wahlauschreiben
 der Allgemeinen Ortskrankenkasse
 Berlin-Walzensee

Auf Grund des § 88 der Kassensatzung sind für die Wahlperiode vom 1. Januar 1922 bis zum 31. Dezember 1925 von den Versicherten und den bei der Kasse anhängigen Arbeitgebern Vertreter zum Ausschuss nach näherer Vorbesprechung der Wahlperiode zu wählen.

Die Versicherten haben 60 Vertreter und 120 Ersatzmitglieder aus ihrer Mitte und die Arbeitgeber 30 Vertreter und 60 Ersatzmitglieder aus ihrer Mitte in getrennter Wahlhandlung zu wählen.

Die Wahlberechtigten sind nachfolgende Arbeitgeber und Versicherte, welche der Kasse angehören.

Die Versicherten sowie als die Arbeitgeber haben das Wahlrecht in Person auszuüben, dürfen sich also nicht vertreten lassen.

Wählbar sind nur volljährige Deutsche. Die Arbeitgeber können auch als Vertreter und als Ersatzmänner zum Ausschuss bezahlte, mündige Betriebsleiter, Geschäftsführer und Betriebsbeamte der beteiligten Arbeitgeber wählen.

Die Wahl findet statt am Mittwoch, den 28. Okt. 1921 im Kassensaal in Berlin-Weißensee, Schilderstraße 17, und zwar wählen die Arbeitgeber in der Zeit von 1-3 Uhr nachmittags und die Versicherten in der Zeit von 4-8 Uhr nachmittags.

Jeder Wahlberechtigte hat sich für die Wahlhandlung mit einer Legitimation zu versehen. Als solche genügt für die Versicherten das Mitgliedsbuch oder eine Bescheinigung des Arbeitgebers, daß der Betreffende am Tage der Wahl noch in Arbeit steht. Entsprechende Formulare sind in unserem Mitgliederbüro, Pflanzstraße 17, I. Treppen, Zimmer 8, erhältlich.

Die Wähler können die Arbeitgeber und Mitgliederberechtigte während der Kassenstunden von 8-1 Uhr im Kassensaal einsehen.

Einprüfungen gegen die Richtigkeit der sich aus dem Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnis ergebenden Wahl- und Stimmberechtigungen sind bei Vermeidung des Ausschlusses spätestens bis zum 27. September 1921 unter Vorlegung von Beweismitteln bei dem Kassenvorstand einzuwenden.

Gemäß den Bestimmungen der Wahlordnung nach dem Grundgesetz der Verhältnismahl.

Für die Wahlen sind dem Vorstand Vorschlagslisten getrennt für Arbeitgeber und für Versicherte bis spätestens den 27. September 1921 einzureichen.

Nur bis zu diesem Tage eingereichte Wahlauschläge können berücksichtigt werden.

Die Stimmabgabe der Wähler ist an diese Wahlauschläge gebunden.

Die Wahlauschläge müssen von mindestens je 10 Wahlberechtigten der betreffenden Gruppe mit zusammen mindestens 20 Stimmen unterzeichnet sein. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer aufzuführen, welche die Reihenfolge ihrer Benennung andeutet, und nach Familien- und Vornamen zu bezeichnen. Bei Versicherten ist auch der Arbeitgeber, bei dem sie beschäftigt sind, anzugeben. Mit dem Wahlauschlag für Versicherte ist von jedem Bewerber eine Erklärung anzuhängen, daß er zur Annahme der Wahl bereit ist. Bei den Wahlauschlägen für Arbeitgeber ist eine solche Erklärung nur erforderlich, soweit ein vorgeschlagener Bewerber nach § 17 der Kassenversicherungsordnung zur Ablehnung der Wahl befugt ist.

In jedem Wahlauschlag ist ferner ein Vertreter des Wahlauschlags und ein Stellvertreter für ihn aus der Mitte der Unterzeichner zu bezeichnen. Ist dies unterbleiben, so gilt der erste Unterzeichner als Vertreter des Wahlauschlags und, soweit ein Reihenfolge erkennbar ist, der zweite als sein Stellvertreter. Der Wahlauschlagsvertreter ist berechtigt und verpflichtet, dem Vorstand die zur Berechtigung einzelner Kandidaten erforderlichen Erklärungen abzugeben.

Die zugelassenen Wahlauschläge können von den Wählern im Kassensaal während der Kassenstunden von 8-1 Uhr eingesehen werden.

Berlin-Weißensee, den 9. September 1921.
 Der Kassenvorstand
 Otto Reichel

Allgemeine Ortskrankenkasse
 Berlin-Pankow

Bekanntmachung
 Zur Erneuerung der Wahlen der Vertreter zum Ausschuss für die Wahlperiode bis 31. Dezember 1925 wird hiermit folgendes bekanntgegeben:

Es sind zu wählen gemäß § 88 der Satzung und § 7 der Wahlordnung:

1. Aus dem Kreise der betriebspflichtigen Arbeitgeber 10 Vertreter und 20 Ersatzmitglieder.
 2. Aus dem Kreise der Versicherten 20 Vertreter und 40 Ersatzmitglieder.

Die Wahlen finden im Kassensaal, Berlin-Pankow, Breite Straße 13, statt und zwar: für die Arbeitgeber am 16. November 1921, abends 7 bis 8 Uhr, für die Arbeitnehmer am 17. November 1921, abends 6 bis 8 Uhr.

Die Wahl ist geheim. Gemählt wird nach dem Grundgesetz der Verhältnismahl (§ 14 Abs. 2 der Wahlordnung) und nach näheren Bestimmungen der Wahlordnung für die Wahlperiode 1922 bis Ende 1925.

Das Wahlrecht ist in Person auszuüben, nach näherer Bestimmung des § 11 der Wahlordnung.

Die Wahlberechtigten werden hiermit aufgefordert, Wahlberechtigte getrennt für die Arbeitgeber und die Versicherten (§ 7 der Wahlordnung) aufzuführen und dem unterzeichneten Kassenvorstand spätestens bis 15. Oktober unter der Adresse: Wahlbüro der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin-Pankow, Breite Str. 13, einzureichen.

Die Stimmabgabe ist an die Wahlauschläge gebunden (§ 12 Abs. 2 der Wahlordnung).

Die Wahlauschläge können nach ihrer Zulassung (§ 8 der Wahlordnung) im Kassensaal, Breite Straße 13, in der Geschäftszeit von 8 bis 1 Uhr eingesehen werden.

In derselben Zeit liegen auch die Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnisse zur Einsichtnahme aus.

Einprüfungen gegen die Richtigkeit der sich aus dem Arbeitgeber- und Mitgliederverzeichnis ergebenden Wahl- und Stimmberechtigungen sind bei Vermeidung des Ausschlusses spätestens bis 1. November 1921 unter Vorlegung von Beweismitteln bei dem Vorstand einzuwenden.

Der Wahlauschlag ist befugt, die Wahl- und Stimmberechtigungen jedes Wählers bei der Wahlhandlung zu vertreten, und jeder Wähler die Pflicht, einen Wahlausweis zur Wahlhandlung mitzubringen.

Wahlausweise werden auf ihren Antrag an den dem Wahltage vorausgehenden 14 Tagen:

1. für die in Arbeit stehenden betriebspflichtigen Wahlberechtigten durch den Arbeitgeber ausgegeben;
 2. freiwillig bescheinigt werden.

Die Wahlberechtigten im Kassensaal in der Geschäftszeit von 8-1 Uhr, vor dem Wahltage in der Zeit von 10-1 Uhr davor ausgehändig (Mitgliedskarte legitimiert);
 3. für die wahlberechtigten Arbeitgeber werden ebenfalls Bescheinigungen herausgegeben, inwiefern Stimmen den Antragstellern zuzurechnen, im Kassensaal in der unteren Abteilung bis zum Wahltage.

Im übrigen werden mit Ausnahme der Wahlordnung und der Satzung hin.

Berlin-Pankow, d. 9. 21.
 Der Vorstand
 der Allg. Ortskrankenkasse
 Berlin-Pankow
 Otto Reichel, Vorsitzender



Henko
 Henkel's Wasch-
 Bleich-Soda
 unentbehrlich für Wäsche und Hausarbeit
 Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

GOLD-SILBER-PLATIN
 Gotzkowskystr. 13.
 Altmetalle
 Silber-Zentrale
 Wiederverkauf
 Deswegen für Metallarbeiter
 Karl Knobel
 Wiederverkauf
 11. u. 12. September, Sonntag
 11 Uhr, im Strömungs-
 Geschäftshaus
 Höhe Beteiligung wird
 erwartet.
 Ihre eigene Anwesenheit
 Die Ortsverwaltung

Redakteur gesucht
 Zur Bearbeitung des politischen Teils der
 "Tribüne" in Erfurt wird baldmöglichst ein
 erfahrener Redakteur gesucht. Bewerber sind
 nur auf einen sozialistischen, gründlichen, lange
 jährigen Parteigenossen, der bereits längere
 Zeit in ähnlicher Stellung tätig gewesen ist,
 Bewerbungen mit Angabe der Gehalts-
 ansprüche und des evtl. Antrittstermins sind
 zu richten bis 18. 9. an die Geschäftsstelle
 der "Tribüne" in Erfurt

**Billige an Wald und Wasser gelegene
 Parzellen in Heiligenfeld**
 bei Tegel.
 Sehr guter Boden. In jeder Größe.
 Anzahlung von M. 100 an. Übrige Anzahlung
 Kassa: Terrangesellschaft Heiligenfeld, Berlin
 Schillingdamm 28. Tel.: Norden 716 / In Heiligenfeld
 im Bureau oder bei Vamprecht, Restaurant Hochhäuser
 Heiligenfeld, Kirchallee. Teiler d. Tegel-Heiligenfeld

Zur
Jugendweih
Die Schwelle



Gedichte und Gedanken für die proletarische Jugend
 Herausgegeben von Rudolf Schwarzkopf
 Mit zahlreichen Bildern und Zeichnungen von Hans Baluschek
 In gefärbtem Einband 12.- Mark
 Organisationsstellen bitten wir, sich mit uns direkt in Verbindung zu setzen
 Buchhandlung "Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 89

Im BERLINER THEATER
 wird die diesjährige
PRINZESSIN OLALA
 von Rudolf Bernauer
 und Rudolph Schanz
 Musik von
JEAN GILBERT
 vorbereitet.
 In der Titelrolle
Prinzessin Olala
 tritt als Gast
FRITZI MASSARY
 wiederum im
 Berliner Theater auf.
 Die übrigen Hauptrollen
 werden dargestellt von
 RALPH ARTHUR ROBERTS
 PEPI ZAMPA
 HERBERT KIPER
 GRETE LUND
 ROBERT SCHOLZ
 OLGA ENGL
 PAUL REHKOPF
 ERNST BEHMER
 FELIX ROSSERT
 JENNY MARBA
 FRIEDA LEHNDORFF
 Vorstellungen für die ersten acht
 Vorstellungen werden an der
 Kasse erdigekommen.

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
 Täglich 8 Uhr
 Nur noch wenige Aufführungen
Die Weber
 Schauspiel aus den vierziger Jahren von Gerhart Hauptmann
 Regie: Karlheinz Martin
Volkstümliche Preise

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
 7 1/2 Uhr: Das Postamt
 Die Komödie der Irrungen
Neues Volkstheater
 Lindenstr. 68.
 7 1/2 Uhr: Lokalbahn
Staatstheater.
 Opernhaus
 7 1/2 Uhr: Monna Lisa
 Schauspielhaus
 7 1/2 Uhr: Torquato Tasso
 Direktion: Max Reinhardt.
Deutsches Theater
 7 1/2 Uhr: Kean
Kammerspiele
 7 1/2 Uhr: Potofski u. Veronika
Großes Schauspielhaus
 Rosenthalstr.
 8 Uhr: Die Weber
 (12. u. 13. Abend)
Theater l. d. Königgräber Str.:
 Wagen zum 1. Male:
Die Fahrt ins Blaue
 (Müller, Richard, Engl, Geppermann, Erbe, Wild)
 10. Die Fahrt ins Blaue
 11. Die Fahrt ins Blaue
 12. Die Fahrt ins Blaue
 13. Die Fahrt ins Blaue
 14. Die Fahrt ins Blaue
 15. Die Fahrt ins Blaue
 16. Die Fahrt ins Blaue
 17. Die Fahrt ins Blaue
 18. Die Fahrt ins Blaue
 19. Die Fahrt ins Blaue
 20. Die Fahrt ins Blaue
 21. Die Fahrt ins Blaue
 22. Die Fahrt ins Blaue
 23. Die Fahrt ins Blaue
 24. Die Fahrt ins Blaue
 25. Die Fahrt ins Blaue
 26. Die Fahrt ins Blaue
 27. Die Fahrt ins Blaue
 28. Die Fahrt ins Blaue
 29. Die Fahrt ins Blaue
 30. Die Fahrt ins Blaue
 31. Die Fahrt ins Blaue
 32. Die Fahrt ins Blaue
 33. Die Fahrt ins Blaue
 34. Die Fahrt ins Blaue
 35. Die Fahrt ins Blaue
 36. Die Fahrt ins Blaue
 37. Die Fahrt ins Blaue
 38. Die Fahrt ins Blaue
 39. Die Fahrt ins Blaue
 40. Die Fahrt ins Blaue
 41. Die Fahrt ins Blaue
 42. Die Fahrt ins Blaue
 43. Die Fahrt ins Blaue
 44. Die Fahrt ins Blaue
 45. Die Fahrt ins Blaue
 46. Die Fahrt ins Blaue
 47. Die Fahrt ins Blaue
 48. Die Fahrt ins Blaue
 49. Die Fahrt ins Blaue
 50. Die Fahrt ins Blaue
 51. Die Fahrt ins Blaue
 52. Die Fahrt ins Blaue
 53. Die Fahrt ins Blaue
 54. Die Fahrt ins Blaue
 55. Die Fahrt ins Blaue
 56. Die Fahrt ins Blaue
 57. Die Fahrt ins Blaue
 58. Die Fahrt ins Blaue
 59. Die Fahrt ins Blaue
 60. Die Fahrt ins Blaue
 61. Die Fahrt ins Blaue
 62. Die Fahrt ins Blaue
 63. Die Fahrt ins Blaue
 64. Die Fahrt ins Blaue
 65. Die Fahrt ins Blaue
 66. Die Fahrt ins Blaue
 67. Die Fahrt ins Blaue
 68. Die Fahrt ins Blaue
 69. Die Fahrt ins Blaue
 70. Die Fahrt ins Blaue
 71. Die Fahrt ins Blaue
 72. Die Fahrt ins Blaue
 73. Die Fahrt ins Blaue
 74. Die Fahrt ins Blaue
 75. Die Fahrt ins Blaue
 76. Die Fahrt ins Blaue
 77. Die Fahrt ins Blaue
 78. Die Fahrt ins Blaue
 79. Die Fahrt ins Blaue
 80. Die Fahrt ins Blaue
 81. Die Fahrt ins Blaue
 82. Die Fahrt ins Blaue
 83. Die Fahrt ins Blaue
 84. Die Fahrt ins Blaue
 85. Die Fahrt ins Blaue
 86. Die Fahrt ins Blaue
 87. Die Fahrt ins Blaue
 88. Die Fahrt ins Blaue
 89. Die Fahrt ins Blaue
 90. Die Fahrt ins Blaue
 91. Die Fahrt ins Blaue
 92. Die Fahrt ins Blaue
 93. Die Fahrt ins Blaue
 94. Die Fahrt ins Blaue
 95. Die Fahrt ins Blaue
 96. Die Fahrt ins Blaue
 97. Die Fahrt ins Blaue
 98. Die Fahrt ins Blaue
 99. Die Fahrt ins Blaue
 100. Die Fahrt ins Blaue

Tüchtige Verkäuferinnen
 für
Handarbeiten
 sofort gesucht
 Meldungen: 12-2 Uhr mittags
 5-6 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
 Kottbuser Damm 1

Kontoristinnen
 mit guter Handschrift, nicht unter
 18 Jahren
 sofort gesucht
 Meldungen 12-2 Uhr mittags
 5-6 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
 Belle-Alliance-Straße 1-2

Komische Oper
 7 1/2 Uhr: Die Strohknecht
 Operette von Leo Blech
Wallner-Theater
 Täglich 7.30 Uhr:
Nixchen
Casino-Theater
 7 1/2 Uhr: Erzelenz Mare
 Sonntag 3 1/2 Uhr: Mittelstrecke
Rose-Theater
 8 Uhr:
 Die zürlichen Verwandten
Walthalla-Theater
 7.30 Uhr:
 Die schöne Helena
Apollotheater
 8 Uhr: Friedenstr. 218
Internationales Varieté-Programm
 Auslands-Sensationen
11 Schlager
 Behrenstraße 54.
 8 Uhr:
Theater a. Kottbus. Tor
 Tel.: Moritzplatz 10077
 Täglich 7 1/2 Uhr und
 Sonntag nachm. 5.11.
Bühnen-Konzert
Elite-Sänger
 Werk. 11-17, u. 4-6
Circus Taraselli
 Bahnhof Friedridstr.
 Täglich 8 Uhr:
Vorstellung
Kapitan Rautabaf
 einmal erscheint - immer geliebt.
 Heiterer Charakter, dies fesselt. Zu
 kaufen in den Pflanzengeschäften u. in
 Kunst-Verkaufsstellen richtet ein:
 Generaldirektor G. Fischer, Berlin,
 Lichterberger Str. 22 (Pflanz. 2001)

Abbruch des Streiks der städtischen Angestellten

Die Koststandsarbeiten durchgeführt

In den gestrigen Vormittagsstunden hat die Streikleitung alle Anstalten getroffen, um die Koststandsarbeiten bei den Krankenkassen usw. zur Durchführung zu bringen. Sie hatte sich zu diesem Zwecke telegraphisch mit dem Magistrat in Verbindung gesetzt, um die Verhandlungen über diese Angelegenheit in die Wege zu leiten. Ferner hatte die Streikleitung die Koststandsarbeiten an der Weidenammer Brücke aufnehmen lassen, damit dort die Gefahr des Ersausens oder des Einsturzes vermieden wurde. Zur selben Zeit wurde auch vom Magistrat durch den Oberbürgermeister Böß um Verhandlungen ersucht. Die Verhandlungen haben dann auch stattgefunden und wurde die Streikleitung vom Magistrat ersucht, die Koststandsarbeiten aufzunehmen.

Wie erinnertlich, hatten die Gewerkschaften nach jenen Streiks den Magistrat mehrmals darum ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß bei neuen Arbeitsverordnungen der Betrieb in den Krankenkassen nicht gefährdet werde. Der Magistrat hat diesem Ersuchen leider nicht entsprochen und fallen daher alle etwaigen Folgen nicht auf die Streikenden, sondern ausschließlich auf den Magistrat.

Die Verhandlungen im Handelsministerium

wurden von den Vertretern des Magistrats auf der einen, und von den Beauftragten der Streikleitung auf der anderen Seite geführt. Der Oberbürgermeister Boß versuchte die Verhandlungen dadurch illusorisch zu machen, daß er beim Beginn derselben erklärte, es müßte hier festgestellt werden, ob die im Streik befindlichen als Angestellte oder Beamte zu gelten hätten. Demgegenüber wurde von den Vertretern der Arbeitnehmer darauf hingewiesen, daß diese Frage hier nicht zur Verhandlung stünde. Der Magistrat sei durch einen für verbindlich erklärten Schiedsspruch verpflichtet worden, neue Tarifverhandlungen in die Wege zu leiten und könnte es sich jetzt nur um diese Frage handeln.

Auch die Vertreter des Ministeriums teilten die Ansicht der Arbeitnehmer, und mußten zugeben, daß letztere durchaus im Recht wären und alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft hätten.

Oberbürgermeister Boß erklärte im Namen des Magistrats, daß dadurch eine neue Situation herbeigeführt wäre und sich der Magistrat über dieselbe erst schlüssig werden müßte.

Er bezief eine solche

Magistratsitzung zu abends 6 Uhr

eln. Daraufhin wurden auf Anraten des Ministeriums die Verhandlungen solange unterbrochen, bis ein endgültiger Magistratsbeschluss vorliegt.

In einer kurzen Sitzung des Magistrats wurde dann beschlossen, in Tarifverhandlungen mit den Arbeitnehmern einzutreten, um dadurch den Streik zu beenden. Zwei Vertreter des Magistrats, die Stadträte Brühl und Adler, sowie zwei Vertreter der Arbeitnehmer begaben sich darauf zum Reichsarbeitsministerium, um dort die diesbezüglichen Verhandlungen in die Wege zu leiten.

Im Anschluß daran fanden nachstehende

Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium

statt, die folgenden Verlauf nahmen:

Die Vertreter der Streikleitung beantragten, das Reichsarbeitsministerium möge den Vorsitz in den Tarifverhandlungen der städt. Gas- u. Elektrizitätswerke und Häfen übernehmen. Der Magistrat Berlin ist bereit, unter dem Vorsitz des R. A. M. in die Verhandlungen einzutreten. Die Vertreter der Streikleitung erklärten: Der Streik wird noch in dieser Stunde abgebrochen, wenn das R. A. M. den Vorsitz übernimmt und Termin auf morgen früh festsetzt. Den Herren wurde eröffnet: Das Reichsarbeitsministerium ist bereit, die Verhandlungen, wie beantragt, stattfinden zu lassen.

Damit ist das Streikziel erreicht. Der Streik ist sofort abgebrochen und die Stromversorgung Berlins wieder ausgenommen.

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Ruß

(Kostdruck vorbehalten.)

„Ach was! er hat nur seinen Anteil genommen,“ sagte ihr Mann.

„Von da an ist's abwärts gegangen!“

„Von da an!“ bemerkte ihr Mann und lächelte in sich hinein; „Alwine, das ist eine fixe Idee von Dir.“

„Er hätte dableiben und alles in Ordnung bringen sollen,“ sagte sie in echt weiblicher Logik hinzu, „der hätte es gekonnt, der schon!“

„Ihr wart ja froh, daß er fort ging,“ konnte sich ihr Mann nicht enthalten zu sagen.

Darauf war nichts zu erwidern. Alwine meinte nur, es sei ihr auch seinetwegen leid, daß ihr Erbteil so verschleudert und vergeudet wurde.

„Rüchtlang kann ich nicht schlafen, wenn ich daran denke, was alles zugrunde geht. Und ich werde ausgebraut gegen dich, weil du dich aber auch gar nicht darum annimmst. Ich kann dich nicht begreifen! Fahr doch dazwischen; jag das Geschmeiß fort, mach reine Bahn!“

„Ich werd' mich schwer hüten,“ erwiderte ihr Mann in seiner trockenen Weise, „wir haben selber zu zappeln gelernt. Du weißt, daß wir ein paar schlechte Jahre hinter uns haben und tüchtig schanzeln müssen. Versuch's du, wenn du denkst, es ist so leicht!“

Alwine wehrte stets heftig ab; die eigene große Wirtschaft nahm alle ihre Kräfte in Anspruch, und alles verfügbare Kapital steckte in den Feldern, den Obstgärten und in der Ökonomie. In ruhigen Stunden sagte sich Alwine, daß es Wahnsinn wäre, wenn sie, die selber überlastet mit Arbeit waren, sich daran machen wollten, Ordnung in die heillose Wirtschaft des Felsenbrunner Hofes zu bringen.

Von Zeit zu Zeit fragte sie aber doch ihren Kappel, fuhr nach ihrem Vaterhaus, kaufte durch die Ställe und Scheunen, rannte auf die Wiesen; aber immer enger war der Kreis des Besesses um das Haus gezogen, immer weniger Vieh stand vor dem Barren; die Mäcker liefen droben im Wald herum, und grinsend sah der Kuno, daß Alwine auch einmal hilfungslos sein konnte.

„Tawohl,“ sagte sie ihn an: „Neb' immer Treu und Redlichkeit! Wenn du noch da bist, du alter Säufer, wenn ich wieder komme, so werd' ich dafür sorgen, daß du mit Gewalt weggebracht wirst!“

Die Schuld des Magistrats

Der Streik hätte bei einigem guten Willen vermieden werden können. Seit dem April d. J., also seit 5 Monaten, wird zwischen dem Magistrat und den beteiligten Angestelltenverbänden, dem Zentralverband der Angestellten Berlins und dem Verband der Kommunalbeamten und Angestellten Groß-Berlins über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages verhandelt. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, wurde der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin angerufen, und dieser hat am 19. August 1921 einstimmig einen Schiedsspruch gefällt, wonach für die städtischen Angestellten der erwähnten Werke ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen werden sollte. Der Oberpräsident hat den Schiedsspruch für verbindlich erklärt; der Magistrat lehnte ihn aber in seiner Sitzung am Sonnabend mit 10 gegen 9 Stimmen, wobei die Stimmen der rechtssozialistischen Magistratsmitglieder den Ausschlag gaben, ab, und beschloß, die Entscheidung des Ministers einzuholen. In Verfolg dieses Beschlusses hat gestern eine Magistratskommission das Reichsarbeitsministerium aufgesucht, das sich aber für unzuständig erklärte, worauf die Magistratskommission sich an das Handelsministerium wandte.

Der Schaden dieses Ausstandes mit seinen Folgen ist für die Stadt sehr groß; er beträgt allein für den Monat mehrere Millionen. Darüber hinaus ist unzähligen Arbeitern in Privatbetrieben ein erheblicher Schaden erwachsen, da sie durch den Stromausfall gezwungen waren, ihre Arbeit ruhen zu lassen.

Der Schiedsspruch für städtische Arbeiter und Angestellte

Die Abstimmung der städtischen Arbeiter und Angestellten über den Schiedsspruch von voriger Woche, der eine Stundenloohnerhöhung von einer Mark vorsieht, ist gestern abend beendet worden. Der Schiedsspruch, der am Sonnabend vom Magistrat angenommen wurde, und auch von den Funktionären den Arbeitern und Angestellten zur Annahme empfohlen wurde, wird nach den bisher vorliegenden Berichten auch bei der Abstimmung mit großer Mehrheit angenommen werden.

Die Partei des Besesses

Im Berliner Tageblatt veröffentlicht die Demokratische Partei ihren Wahlauftrag zu den Stadtverordnetenwahlen. Dieser Auftrag ist dem politischen Charakter dieser Partei entsprechend ziemlich flach und geht über alle kommunalpolitischen Probleme, insbesondere die Einheitsgemeinde Berlin betreffend (wir nennen nur die Finanzfrage), einfach hinweg. Zunächst wird, wie wir das bereits in der Sonntagsnummer nachgewiesen haben, die neue demokratische Wahlparole bekanntgegeben, nämlich die „Arbeitsmehrheit der Mitte“.

In dem Wahlauftrag erweist sich die Demokratische Partei mit erfreulicher Offenheit als die Partei des Besesses. Wir zitieren zum Beweise dessen folgende Sätze:

„Der Privatwirtschaft muß Freiheit der Betätigung gewährt, der Bedrängung von Industrie und Handel, Handwerk und Gewerbe durch unzulässige Kommunalisierung Einhalt getan und bei den bestehenden städtischen Betrieben die Privatwirtschaft beteiligt werden.“

„Die Lebensfähigkeit des Hausbesitzers muß auch unter den schwierigsten Verhältnissen der Gegenwart gesichert werden.“

Diese beiden Forderungen der Demokratischen Partei würden in dieser Formulierung selbst der Stinnes-Partei alle Ehre machen. Daß die Privatwirtschaft Freiheit der Betätigung erhalten und sogar bei den bestehenden städtischen Betrieben mitbeteiligt werden soll, bedeutet nichts anderes, als daß man Gas, Wasser- und Elektrizitätsversorgung zu einem Tumultplatz der kapitalistischen Profitgier machen will. Die breite Masse der arbeitenden Bevölkerung soll durch ihren Konsum an diesen lebenswichtigen Dingen zu einem Ausbeutungsobjekt der Privatwirtschaft gemacht werden.

Die Forderung nach Lebensfähigkeit des Hausbesitzes ist die stehende Formel aller hausagrarischen Interessentenkreise, wie sie in dem Häuserpekulanten Haberland den für Berlin klassischen Ausdruck gefunden haben. Die Wohnungsnot soll eben-

falls zu einem Spekulationsobjekt der Privatwirtschaft gemacht werden und der Mieterhöhung der minderbemittelten Bevölkerung soll ersicht werden durch eine rückwärtslose Ausbeutungsfreiheit der Grundstückspekulanten à la Haberland, der bekanntlich durch die Bebauung der Schöneberger Gegend und anderer Vorortgebiete in wenigen Jahren Gewinne von mehreren Millionen geschleift hat.

Ein französisches Sprichwort sagt: Es ist der Ton, der die Musik macht, und der Ton des demokratischen Wahlauftrags macht die bekannte Musik der rechtsparteilichen Scharfmacher: „die Verwaltung Groß-Berlins muß von unfähigen Parteigängern und Nichtstuern gekläubert werden... Unser Bildungswesen muß vor den Experimenten weltfremder Schwärmer bewahrt werden.“ Diesen Forderungen und diesem Ton gegenüber wirkt es um so unehrlicher, wenn die Demokraten durch einige Konzeptionsfische glauben, der Öffentlichkeit gegenüber den Charakter einer arbeiter- und angestelltenfreundlichen Partei vorzütuschen zu können.

Als besonderes echt demokratisches Kuriosum sei folgende Tatsache erwähnt:

Während das „Berliner Tageblatt“ auf der zweiten Seite der ersten Beilage fordert, daß der „unrührbaren Kommunalisierung“ Einhalt getan werden solle, bringt es auf der ersten Seite desselben Beiblattes eine Unterredung mit Stadtrat Adler, worin mitgeteilt wird, daß die Berliner Straßenbahn — ein rein kommunal bewirtschafteter Betrieb — im Gegensatz zu den privatwirtschaftlichen Straßenbahnen anderer Städte, selbst die gegenwärtigen Mehrkosten ohne Erhöhung des Tarifes tragen kann. Wir möchten darüber keinen Zweifel lassen, daß wir an der Art der Straßenbahnbewirtschaftung in Berlin mancherlei Kritik zu üben haben, und für uns ist ein kommunaler Betrieb nicht schon deswegen vorbildlich, weil es ein kommunaler Betrieb ist. Aber etwas merkwürdig mutet es doch an, wenn sich eine Zeitung, wie das „Berl. Tageblatt“, das doch wohl Wert darauf legt, ernst genommen zu werden, den Luxus von zweiterlei Auffassungen in derselben Sache leistet.

Dieser unehrlichen demokratischen Politik gegenüber ist im Wahlkampf die energischste Auffklärung über den wahren Charakter der Demokratischen Partei geboten. Die Wähler und Wählerinnen Groß-Berlins können aus dem Wahlauftrag eindeutig erkennen, was Geistes Kind diese Partei ist und ihr am 18. Oktober die richtige Antwort geben!

„Gute Christen“ — schlechte Pädagogen

Die Behandlung der religionslosen Kinder durch die Schullehrer läßt nicht nur viel zu wünschen übrig, sondern wird von Zeit zu Zeit immer brutaler. In Brix erlaubte sich der Lehrer Grabow, diesen Kindern eine Niederstiftung auszugeben über das Thema: „Warum nehme ich nicht am Religionsunterricht teil.“ Mit den ungeschicktesten Redensarten verging er sich an die Kinder. Das Lehrerkollegium der Schule stützte diesen Menschen noch.

Einen anderen Lehrer, der sich weigerte, Religionsunterricht zu erteilen und bei den Kindern und Eltern beliebt war, verstand man bald aus Brix hinauszuweisen.

Ein Vater, welcher zwei Kinder in die gleiche Säule schickte, stellte den Antrag, dieselben vom Religionsunterricht zu befreien. Während bei dem einen die Angelegenheit zunächst ohne Schwierigkeiten vor sich ging, verlangte der Lehrer Schönebeck, daß der Knabe, welcher mit Unlust an diesem Unterricht teilnimmt, unbedingt noch bis Semesterabschluss daran teilnehmen. Der treibende Faktor scheint hier der Rektor Schröder zu sein, welcher allgemein unbeliebt ist.

Nachdem der Knabe an den Lehrer die Frage stellte: „Warum denn keine Schwester nicht mehr Religion mitmachen brauche?“, ging Herr Schönebeck zu der Klassenlehrerin, und nun wurde auch dort durchgesetzt, daß die Kleine wieder weiter am Religionsunterricht teilnehmen muß.

Mit brutaler Gewalt zwingen die Lehrer Kinder zu Handlungen, zu welchen die Eltern entgegengesetzte Willenserklärungen abgeben. Den Arbeitelern aber muß gesagt werden, kummert euch mehr um eure Kinder.

Es wird in der Schule erst anders werden, wenn ihr eure Kinder, mehr wie bisher, auf Antrag beim Schulleiter vom Religionsunterricht befreit.

„Ich kann nicht mehr hingehen, ich kann nicht!“ klagte sie ihrem Manne. Aber als ihr zweiter Knabe geboren wurde, der, wunderliches Spiel der Natur, ganz ihrem Bruder Peter gleich, nach dem die Mutter Tag und Nacht in Sehnsucht rief, kam sie immer wieder auf den Gedanken zurück, der Kranken das Kind zu zeigen, das so war wie der geliebte Peter; vielleicht übte das einen günstigen Einfluß auf sie aus.

Ihr Mann suchte es ihr auszureden, aber an einem schönen Herbsttage fuhr sie doch mit dem Kind fort; es hatte ihr keine Ruhe mehr gelassen.

Niemand bewillkommte sie; das Haus war unverschlossen, und als die schwere Tür dröhnend zusiel, war es Alwine, als sei sie in eine Grube eingesperrt; es legte sich kalt und feucht auf sie, und sie bekam ein ängstliches Gefühl, als läme sie nie mehr wieder heraus. Griesgrämig und murrend schlürfte die halbstarke Magd herbei, schaute sie nach ihr und dem Kinde und verschwand wieder. Der Vorplatz, der sonst hell und freundlich gewesen, voller Sonne, stets licht und heiter, war nun finster und trübselig, denn alle Türen waren fest zu. Die breite Sandsteintreppe, die sie alle so oft als Kinder hinauf- und hinuntergesprungen, lag verlassen, dunkel und öde, und jeder Tritt warke einen dumpfen Nachhall. Alwine war im hellen Sonnenschein an Weingeländen vorbeigefahren, an weißen Willen, die in der Herbstpracht ihrer Gärten wie aus dem Ei geschält dastanden; über ihre Gitter hing der Wein blutrot, und die ganze Luft war von Resenduft erfüllt. Fröhliche Kinder spielten und schrien hinter den Stallein, in den Lauben wurde gesungen und gelacht; nun fröstelte sie in dem kalten Hause, und ihr Kind fing zu weinen an.

Doch resolut rastete sie sich auf und tröstete den Kleinen: „Dummer, kleiner Kerl! Du sollst ja was Schönes haben! Du sollst lachen, damit die Omama sich freut.“

Aber als sie mit dem Kinde vor der Mutter stand, erschraf sie; das hatte sie nicht erwartet! Alt und zerfallen, mit dünnen, wirren grauen Haaren, würdelos, verkommen wie ein Pellerlastenweib, zerrissen, schmutzig — war das ihre Mutter, die stets eine Dame gewesen?

Es gab ihr einen Stich, sie bereute bitter, den Kleinen mitgenommen zu haben. Die Mutter sah ihn gar nicht, sondern fuhr fort, in die Hände zu klatschen. Plötzlich blieb sie aber stehen, hüfte sich, griff in hohender Stellung nach dem Kleiden des Kindes und begann laut zu lachen, dann zu schreien und zu johlen und zuletzt um sich zu schlagen, daß der Vater herbeigekürzt kam, der kaum die Nasenbeine halten konnte.

Alwine floh mit dem vor Zorn bebenden und schreienden Kinde, ließ sich schnell zum Arzt und dann nach Hause fahren.

In der Nacht noch bekam sie die Nachricht, daß ihre Mutter einen Lohbühnenanfall erlitten und in eine Anstalt hatte gebracht werden müssen — und zwei Tage darauf eine noch viel schrecklichere: ihr Vater war seit jener Nacht verschwunden. Die ganze Gegend hatte man schon abgesehen, bis endlich ein Arbeiter der Thomannschen Fabrik, der am Weiber vorbeiging, eine leblose Masse am Ufer hintreiben sah; ihr Vater hatte sich ertränkt.

Die Nachricht vom Tode des Felsenbrunners wurde zu Thomann gebracht, als sie gerade bei Tisch saßen. Der alte Thomann legte sofort Messer und Gabel hin und ging, ohne ein Wort zu reden, im Zimmer umher, immer um den Tisch, ihn stets enger umkreisend, so daß es ausah, als werde er nächsten über die Anwesenden hinweggehen, um auf der Tischplatte spazieren zu gehen.

Kolf und Eugenie saßen vollkommen ruhig, vermieden es nur, sich anzusehen; Kolf zog die Achseln hoch, als wenn ihm ein Schlag verfehlt worden wäre, und er auf den zweiten warte.

„Ach was!“ sagte Misa, die gerade zu Besuch war, und machte ihre erschrockenen, im Grunde aber teilnahmslosen Kinderaugen.

Nur Mama Thomann redete. Sie redete und redete immerzu. Sie redete sich in Rührung, und zuletzt, da ihr niemand Antwort gab, in Wut hinein; Sie meinte sogar und war überzeugt, daß das tragische Ende des Herrn vom Felsenbrunner Hof sie zu dieser Aufgelöstheit in Schmerz gebracht hatte.

Ihr haben den armen Mann soweit gebracht!“ brach sie in Anklagen aus. „Ihr hab'n verfolgt und in den Tod getrieben! Was hätt' er dann sonst machen solle? Ach, un was war er für e Seel von em Mensch! For e Gemüt! Ich glaub, ich hab'n als ganz jung' Mädchen emol recht gern gehabt, gewiß weiß ich's nit. Aber daß er so ende muß! Ich kann des nachfühle, wann's annerer auch nit könne!“

Ihr Mann hatte sie ganz ruhig reden lassen, er war an solch lange Reden gewöhnt; das plätscherte an seinem Ohr vorbei, ohne daß er es wirklich hörte. Plötzlich hielt er aber in seinem Lauf an, ganz unermuteterweise, so wie's ihm manchmal in der Fabrik entfuhr: „Mauhalten!“ Mama schwieg; sie wußte aus Erfahrung, daß in diesem Stadium nichts mit ihm zu machen war. Sie meinte still weiter, aber nicht um Schupp, sondern, weil sie gekränkt war, und weil Leiner sie verstand. (Fortf. folgt.)

Kampf gegen die Schundliteratur

Seit Jahren schon wird von Jugendbersehern, von Eltern und Lehrern und anderen Kreisen ein Kampf gegen die Schundliteratur geführt, der bisher wenig Erfolg gezeigt hat. Nach wie vor drängt die Jugend nach den sogenannten „Schmökern“, nach wie vor wird jeder Grobian in solchen üblen Nachwerken angelegt. Was ist die Ursache dieses Mißerfolges? In erster Linie wohl die, daß gute Literatur für die Jugend nicht erreichbar, die schlechte dafür aber überall zu haben ist.

Um der Jugend Gelegenheit zu geben, gute Literatur zu bekommen, hat das Bezirksjugendamt Neutölln eine Bücherausgabestelle eingerichtet, welche täglich von 8-3 Uhr und Dienstag und Freitag von 5-7 Uhr geöffnet ist. Es werden Bücher zu folgenden Bedingungen ausgegeben: Jedes Kind, welches einen sogenannten „Schmöker“ bringt, erhält dafür ein gutes Buch nach Wahl umsonst. Außerdem können Bücher gegen Bezahlung von 0,50 M. entnommen werden und zwar so, daß das erste Buch bezahlt wird, jedes Buch kann dann gegen ein anderes unentgeltlich bis zu sechsmal umgetauscht werden. Wir bitten die Eltern und Elternbeiräte, Lehrer und Jugendleiter, die Kinder auf diese Einrichtung, die zunächst einen Versuch bedeuten soll, aufmerksam zu machen.

Die Ausgabestelle befindet sich im Neutöllner Rathaus, zwei Treppen, Zimmer 278.

Der Luftmörder Grohmann wurde gestern erneut von der Kriminalpolizei verurteilt. Er wurde gestern nach dem Schauhause gebracht, wo er sich die im Wasser gefundenen und wieder zusammengefügten Leichenteile ansehen mußte. Der Versuch, durch diese Gegenüberstellung vielleicht auch die Persönlichkeit des noch unbekanntes, ebenso wie die Sosnowski zerstückelten Mädchens festzustellen, blieb jedoch erfolglos. Grohmann will von diesem Mädchen nichts wissen und behauptet, daß er mit ihm nichts zu tun gehabt habe.

Das Zentralwaisenhaus. Zu dem von uns am 4. d. M. veröffentlichten Artikel „Das Zentralwaisenhaus“, erhalten wir vom Nachrichtenamt des Magistrats folgende ergänzende Mitteilung: Das Waisenhaus Berlin ist erste Zufluchtsstätte und Verteilungszentrale für die aus Alt-Berlin kommenden Kinder, deren Zahl etwa 7800 beträgt, nicht 12.000. Maferrkrankte und alle an ansteckenden Krankheiten leidende Kinder werden sofort dem Lazarett in Kummelsburg oder einem städtischen Krankenhaus zugeführt. Jede „Kinderfamilie“ hat eine ausreichende Anzahl von Bibliotheksbüchern (90-100) und Spielen.

Die Kreis- und Bezirkswahlvorschlüge für die bevorstehenden Stadtverordneten- und Bezirksverordnetenwahlen müssen spätestens bis zum 24. d. M. eingereicht sein und zwar für Berlin bei dem zuständigen Wahlbureau Straßauer Straße und für die Bezirke 7-20 bei den dort zuständigen Wahlbureaus. Die Kreiswahlvorschlüge müssen von wenigstens 20 im Wahlkreis, die Bezirkswahlvorschlüge von wenigstens 10 im Verwaltungsbezirk zur Ausübung des Wahlrechts berechtigten Personen unterzeichnet sein. Die Bewerber um ein Mandat müssen eine Erklärung beifügen, daß sie der Aufnahme ihres Namens in die Vorschlagslisten zustimmen. Die Prüfung der Wahlvorschlüge soll am 3. und 4. Oktober stattfinden.

Abmeldung verlässlicher Kinder bei der Schule. Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß Eltern, deren Kinder durch irgendeine städtische Stelle oder einen Verein zur Erholung fortgeschickt worden sind, die erforderliche Abmeldung bei der Schule unterlassen haben. Vom Bezirksamt wird darauf hingewiesen, daß die Eltern verpflichtet sind, jede Verschiebung ihres Kindes sofort der Schule mitzuteilen, gleichgültig, durch wen die Verschiebung erfolgt.

Gewerkschaftliches

Kostfrei der Verhungerten und — Standesdünkel
Wir haben des öfteren uns mit sogenannten „Gewerkschaften“ beschäftigt, deren Wirken und Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiet im umgekehrten Verhältnis zu ihrem Standesdünkel steht. Zu diesen Regellubovereinigen gehört auch der „christlich“ schillernde Fahrerverband der Privateisenbahner (Berlin, Lichterfelde Str. 21), der es sich angelegen sein läßt, seinen Mitgliedern eine „gründliche“ Standeserziehung zu bieten und — Kaisergeburtstagsfeiern und ähnlichen Zaubern zu treiben.

Wir erhalten nun zu dem Kostfrei der Verhungerten in Nr. 357 von einem Pensionär der preussischen Privatbahn folgende für sich sprechende Zuschrift:

Die Lage der Mitruhegehaltsempfänger sowie der Althinterbliebenen ist in der Tat eine verzweifelte. Wenn auch nicht allen Privatbahnen die konzessionsmäßige Verpflichtung zu einer Alters- und Hinterbliebenenversorgung nach den für die Reichs- und Staatsbeamten geltenden Grundätzen obliegt, so erfolgte doch die Gründung der für die Privatbahnen heute maßgebenden Pensionskasse für Beamte deutscher Privateisenbahnen, Berlin SW 11, Großbeeren Str. 88-90, gerade aus dieser Verpflichtung heraus, und die Tatsache ihres Bestehens veranlaßt nachher den Anschluß fast aller übrigen Kleinbahnen.

Die Kasse hat sich bisher unbedrungen stets durch Anpassung ihrer Satzungsbestimmungen an die jeweilig eingetretenen reichsgesetzlichen Versorgungsbestimmungen bemüht, den veränderten Zeitumständen Rechnung zu tragen, soweit es in ihren Kräften stand. Auch gegenwärtig stehen die versicherungstechnischen Untersuchungen über weitere Erhöhungen der Rassenleistungen vor ihrem Abschluß, und eine voraussichtlich im Herbst dieses Jahres stattfindende außerordentliche Generalversammlung, in der

auch die Kleinbahner selbst mitzuentscheidenden haben, wird hierüber Beschlüsse zu fassen haben.
Nach den bisher maßgebenden Satzungsbestimmungen sowie den Mitteln der Kasse ist der Kasseneinleitung die Bewilligung von Teuerungszulagen zu den gänzlich unzureichenden Bezügen der Althinterbliebenen nicht möglich. Dies ist Pflicht der einzelnen Eisenbahnverwaltungen. Wozu die Pensionskassen von einigen Verwaltungen benutzt werden, wird in einem Artikel der „Deutschen Straßen- und Kleinbahner-Zeitung“ (Organ des Deutschen Verkehrsverbandes) vom 30. 7. 21 ausgeführt: es werden bei der Pensionskasse Einkommen von Angestellten als versicherungspflichtig angemeldet, die jährlich (!) für das einzelne Mitglied durchschnittlich 3600 Mark und noch weniger betragen und sich z. B. gegen Schluß des Jahres 1920 bei 19jähriger Mitgliedschaft bei der Pensionskasse auf volle 1600 Mark jährlich belaufen.

Da die den Bahnen genehmigten Tarifierhöhungen häufig nur zum Zweck der Bewilligung zeitgemäßer Bezüge für die Kleinbahnbediensteten erfolgt sind, sollte die Sicherung einer ansehnlichen Altersversorgung der in Eisenbahndiensten invalide gewordenen laut konzessionsmäßiger Verpflichtung selbstverständlich sein, zumal anerkannt worden ist, daß der Pensionskasse gerade für die heute erforderlichen Teuerungszulagen keine Mittel zur Verfügung gestellt worden sind. In Erkenntnis dieser Tatsachen wurden denn auch bisher in den mit den Privatunternehmungen abgeschlossenen Tarifverträgen Bestimmungen getroffen, denen zufolge den Unternehmungen die Verpflichtung zur Gewährung von Teuerungszulagen an bedürftige Ruhegehaltsempfänger, Witwen und Waisen auferlegt wird.

Wenn alle Eingaben an der „Herzlosigkeit“ der Privatbahnen scheitern, wenn weiter die „Unmündigkeit“ einem Vorgesetzten gehalten wird, so daß aus jähem Stolz ein ehemaliger Sekretär von keiner Forderung Abstand nimmt, so trägt die „Standesgemäß“ gewerkschaftliche Erziehung, von der schon die Rede war, ein groß Schuld daran.

Es kann allen Kleinbahnern nicht eindringlich genug zugerufen werden, sich einer Gewerkschaft anzuschließen, die sich bereits von jeher ihrer Bedeutung als einer Kampfsgemeinschaft bewußt ist, einer Gewerkschaft, die nicht erst im November 1918 sich einen „modernen“ Anspruchs geben mußte, um dann weder leben noch sterben zu können.

Privateisenbahner, ob Beamte oder Lohnempfänger, gehören nur in eine Gewerkschaft, und das ist der Deutsche Verkehrsverband, Abteilung Straßen- und Kleinbahner, Berliner Bureau: SO 16, Michaelkirchplatz 1, 1.

Aus Groenens Reich

Wir erhalten folgende skandalöse Mitteilung:
Der Eisenbahnwerk Grunewald bestellt beim Arbeitsnachweis der Stadt Berlin einen erstklassigen Mechaniker, der in stande ist, selbständig Apparate und Ventile nach Zeichnung herzustellen. Die Einstellung erfolgt erst nach einer Probezeit. Der Lohn beträgt 6 M. und erst. Kinderzulage von 20 Pf. für die Stunde. (Zwischen ist der Lohn auf 7 M. erhöht.) Ausdrücklich wird jedoch betont, daß den Arbeitslosen die Fahrgehalte nicht erstattet werden. Ferner wird eine zweitägige Probezeit ohne Vergütung gefordert.

Als der Arbeitsnachweis einen durchaus geeigneten Mann vermittelte und die Eignung im Werk auch festgestellt wurde, erfolgte die Einstellung nicht, weil der Betreffende nach ärztlichem Urteil für den Eisenbahndienst untauglich ist. Da es sich nur um Werkstattdarbeit handelt, ist diese ärztliche Untersuchung nicht nur völlig überflüssig, sondern wird auch in keinem privaten Betriebe geübt.

Wann wird endlich dieser alte Jopf der ärztlichen Untersuchung bei Werkstattdarbeitern auch bei dieser Behörde abgeschritten werden?

Soweit diese Mitteilung. Es ist geradezu ungeheuerlich, was sich jene judaskernen Geister von Bureaukraten herausnehmen. In Tod und Verderben während des Krieges schickte man halbe Krüppel und für produktive an sich leichte Spezialarbeiten weist man Spezialisten ab, weil sie nicht vorchriftsmäßig gesund sind! — Das ist eine freche Propagation, die zugleich volkswirtschaftlich schädlich ist und die abzusetzen Herrn Groenens vornehmste Aufgabe sein muß.

Verbandstag Deutscher Post- und Telegraphenbeamten

Der obige Verband, dem etwa 150.000 Mitglieder der unteren Gehaltsgruppen angehören, hielt vom 7. bis 10. September im „Deutschen Hof“, Ludower Straße, seinen Verbandstag ab. Neben inneren Organisationsfragen wurde die wirtschaftliche Frage und die daraus entspringende Not für die gesamte Bevölkerung und auch der Beamten der unteren Gehaltsklassen besprochen. In diesem Zusammenhang wurde das Verhalten der Regierung und des Deutschen Beamtenbundes bei der Verabschiedung der Teuerungszulagen kritisiert und bedauert, daß der Deutsche Beamtenbund mit den anderen gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen es nicht fertiggebracht haben, den Regierungsvorschlag umzuformen. Diese prozentual gleiche Verabschiedung der Teuerungszulagen hat es wieder ermöglicht, daß den höheren im Verhältnis reichlich, den mittleren mittelmäßig und den unteren Beamten, die schon das geringste Gehalt haben, am wenigsten gegeben worden ist. Gefordert wurde unbedingt, daß alle die gleiche Summe als Teuerungszulage zu erhalten haben, weil alle die verzeerten Lebensmittel gleichmäßig teurer bezahlen müssen. — Festgestellt wurde ferner, daß die Organisationen wohl als Verhandlungsfaktor anerkannt worden sind, daß sie aber ein Machtfaktor werden müssen, um die berechtigten Forderungen der Kollegen durchzusetzen. Ein weitgehender Antrag des Berliner Bezirksvereins betreffs Anschlusses an den A. D. G. B. und der IfA wurde

gegen eine große Minderheit abgelehnt, ein anderer Antrag aber fordert, daß der Deutsche Beamtenbund Schritte unternimmt, die ein Zusammengehen mit den anderen Spitzenorganisationen, A. D. G. B. und IfA, ermöglicht (Ein weiterer Antrag verlangt die Schaffung eines Streikfonds).

In einer Entschließung wird erklärt, „der immer anwachsende auftretenden Reaktion die Stirne zu bieten“ und „gemeinsam mit der übrigen werktätigen Bevölkerung, wenn es erforderlich ist, Verfassung und Republik mit allen Mitteln zu schützen.“

Wir begrüßen diese politische Stellungnahme, sind aber nicht sonderlich darüber erbaud, daß die gewerkschaftlichen Konferenzen nicht gezogen wurden. Der Beamtenbund wird kritisiert in seiner lauen Haltung, für die Masse der Mitglieder nichts ab, dafür erhalten mehr die höheren Angestellten, aber der — Anschluß an den A. D. G. B. resp. an die IfA wird abgelehnt.

Die Kosten des Arbeitsnachweises

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit:
Durch die Presse gehen Angaben über die Aufwendungen, die das Arbeitsnachweises erfordert und erfordern wird, die nicht unwidersprochen bleiben können. Die Aufwendungen sämtlicher Landesarbeitsämter für das Etatsjahr 1921 sind nicht, wie behauptet wird, auf 200 Millionen Mark im Jahre, sondern nur auf 16 Millionen Mark zu veranschlagen. Es betragen die Kosten des gesamten Arbeitsnachweises, also alle örtlichen Arbeitsnachweise eingeschlossen, in allen Teilen in Deutschland etwa 150 Millionen Mark.

Ganz unerfindlich ist, woher die Annahme kommt, daß mindestens 3000 Stellen neu einzurichten sind, wenn der Entwurf des Arbeitsnachweises in Kraft tritt. Es darf ganz im Gegenteil erwartet werden, daß durch Vereinfachung die Zahl des Arbeitsnachweises vermindert und Stellen erspart werden. Bei einer Erhöhung der Anzahl der Stellen ist keine Rede.

Wfa-Betriebsräte und Angestelltenräte. Wir bitten unsere Betriebs- und Angestelltenräte, die ihnen zugegangenen Listen für Oberstellenhilfe und für Auslandhilfe bald als möglich mit uns abzurechnen bzw. die Listen an uns zurückzugeben, da wir die eingekammelten Gelder und die Listen bis spätestens Montag, den 19. d. M., weiterleiten müssen.

Diejenigen Kollegen, die bisher für ihren Betrieb noch keine Listen erhalten haben, wollen sich an unsere Geschäftsstelle, der Zeit von 9 bis 3 Uhr, Sonnabend von 9 bis 1 Uhr, auf dem Montag und Freitag von 5 bis 7 Uhr, wenden. Die Listen, die von uns ausgegangen sind, dürfen nur mit uns abgerechnet werden.

Zentralverband der Angestellten. Im Tarifstreit der Verbringungsangestellten ist in der Nacht vom 9. zum 10. September durch den vom Reichsarbeitsministerium eingeleiteten Schlichtungsausschuss ein Schiedspruch gefällt worden, der über das Ergebnis an dieser Stelle mitgeteilte Angebot des Arbeitgeber-Verbandes deutscher Versicherungsunternehmungen nicht wesentlich hinausgeht. Die Vertragsparteien haben sich über die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs bis zum 19. d. M. zu erklären.

Angestelltenstreik in der Textilindustrie. Sämtliche Angestellte und Meister der Vereinigten Märkischen Tuchfabriken in Pichelschöneweide sind infolge Lohnhöhen Montag in den Streik getreten.

Parteiveranstaltungen

- Dienstag, 13. September**
- 1. Vermittlungsbeirat, 17. Bezirk, Abends 7 Uhr spricht Genosse Dick in der öffentlichen Versammlung in der Germania-Strasse, Strassennummer 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

- Donnerstag, 15. September**
- 1. Vermittlungsbeirat, 17. Bezirk, 7. Abteilung, Gemeinamer Jahlabend, mal bei Hof, Lichterfelde Str. 21.

Bereinskalender

- Dienstag, 13. September**
- Zentralverband der Angestellten, Feiern-Verkehrung, 7 Uhr Mittagsessen in den Büchereien, Kaiser-Wilhelm-Str. 21. — Der am 13. d. M. 6 Uhr Mitgliederversammlung in den Kaminböden, Kommandantenstr. 60-61.
- Donnerstag, 15. September**
- Zentralverband der Eisenbahner, Abends 5 Uhr große Gruppenversammlung der Gruppe Hans- und Hildegardstraße in Böden Kaminböden, Kommandantenstr. 60-61. Tagesordnung: Die wirtschaftliche Lage und Stellungnahme zur Lohnfrage.

Pfeil-Spar-Glühkörper

Man fordere ausdrücklich „Pfeil-Spar-Glühkörper und achte auf die Pfeil-Schutzmarke“

25% Gas-Ersparnis

Der moderne Metallarbeiter

Ratgeber f. Dreher, Schlosser u. Maschinenbauer von Otto Schmenn. Sechste verbesserte und erweiterte Aufl. 408 Seiten, 150 Abbildungen, 57 Tabellen, M. 25.-

Die Kalkulation im Maschinenbau

und moderne Arbeitsmethoden von Otto Schmenn. Zweite verbesserte u. erweiterte Auflage. 304 Seiten, 170 Abbildungen, 22 Tabellen, M. 25.-

Die Fräzerei

Lehr- und Nachschlagebuch für das ganze Gebiet der Fräzerei von Otto Schmenn. 288 Seiten, 144 Abbildungen, 33 Tabellen, M. 20.-

Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C2, Breite Straße 8-9

Kleide Dich billig, elegant!

Jackel-Auzugs, Catways, Herren teils auf Soldo, jetzt 250-300 Mark Damen-Kostüm, Mäntel, Trench, Wäsche, Gardinen, enorme billige Paizwaren 50 pCt. billiger, Kreuzfische, 2-wel., Blau-, Weiß-, Nicker, Wäffe, Lucher, Keine Leinwand.

Möbel

kaufen Sie nirgends so billig und gut wie bei Neugebauer Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 128, 1, E. Schillerstr. Kein Laden

Botenfrauen sofort gesucht!

Expedition Börsing Steinmeyerstraße 23 „Freiheit“-Ausgabestelle, Mittion Berlin-Brig, Chausseestr. 82

Wo gibt's die billigsten Seifen

bei Selsenschnaider, Pücklerstrasse 44.